

Denkschrift

**Naheliegende Einsichten  
und Fragen: Europa nach  
der Irak-Erfahrung**

Fritz W. Peter

## Inhaltsverzeichnis

- **Teil 1: Limitierte Wirklichkeit – entgrenzter Anspruch**

### Vorüberlegungen

- 1) Europa – nur eine Mittelmacht
- 2) Europa – sicherheitspolitisch tief gespalten
- 3) Europa – mit wirtschaftspolitischer Altlast
- 4) Europa – ohne offen geführte strategische Debatte
- 5) Exkurs – zur Erinnerung an morgen
- 6) Einsichten und Fragen – Zusammenfassung Teil 1

- **Teil 2: Mündigkeit versus Öffentlichkeit?**

- 7) Europa – selbstverschuldet unmündig?
- 8) Europa – ongoing reeducation or self-education?
- 9) Europa – Identitätsbildung online oder offline?
- 10) Europa – und seine Schwierigkeiten, mit sich selbst identisch zu sein
- 11) Europa: Handlungen und Einsichten – Empfehlungen zur Reihenfolge
- 12) Einsichten und Fragen – Zusammenfassung Teil 2

- Widmung

- Anmerkungen

- Anhänge/Dokumente

gewidmet<sup>\*)</sup>

meinen beiden Großvätern  
und meinen beiden Töchtern

## **Naheliegende Einsichten** **und Fragen: Europa nach der Irak-Erfahrung**

### **Teil 1: Limitierte Wirklichkeit – entgrenzter Anspruch**

Einschneidende Erfahrungen können und sollten dazu führen, Einsichten zu gewinnen. Aus den Erfahrungen der vergangenen Monate lassen sich zentrale politische und strategische Einsichten gewinnen. Es lassen sich Fragen neu stellen und Antworten oder mindestens Teilantworten geben. Hinweise und Einsichten liegen zum Greifen nahe – falls man sie zulässt. Je nach politischer Couleur und abhängig von Deutungsmustern können selbst naheliegende Einsichten aber auch verweigert werden. Wenn dies hier und da nicht geschieht, wäre viel erreicht, denn der Abstand in Teilen unserer Öffentlichkeit (und einiger politischer Lager) zu einer realistischen Einschätzung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsspielräume muss angesichts dessen, was jüngst am Beispiel der Auseinandersetzung in der Irak-Frage zu beobachten war, als beträchtlich angesehen werden.

### **Vorüberlegungen**

Zunächst einmal ist das Selbstbild der Europäer einer unfreiwilligen, aber aufschlussreichen Belastungsprobe unterzogen worden. Viel ist nicht geblieben vom Anspruch, einen eigenen Pol – mit bestimmender oder mitbestimmender geistiger und politischer Kraft – zu bilden. Was den Europäern einerseits an Gestaltungskraft fehlte, trugen sie andererseits im Übermaß in der Form einer Selbstblockade bei. „Multipolar“ war man nur innerhalb Europas, doch das war es ja nicht, was der Begriff fordert und was manche Europäer, ohne dafür die Basis zu legen, mit Anspruchshaltung herbei zu reden oder herbei zu denken versuchen.

---

<sup>\*)</sup> Zur Begründung der Widmung: S. 29

- > Zeugt es von besonderer Einsicht, wenn Joschka Fischer kurz nach dem Irak-Krieg mit der „These von der Weltinnenpolitik“ argumentiert, „die ich schon immer für richtig gehalten habe.“<sup>1)</sup>? Es waren gerade nicht polizeiliche Ordnungskräfte einer kompetenten Gemeinschaftsinstanz, die nach 35 Jahren schlimmster Unterdrückung und eines teils offenen, teils schleichenden Völkermords im Irak eine Wende herbei geführt haben, sondern von außen eingreifende Armeeeinheiten anderer Staaten. Wir leben noch nicht in einem gemeinsamen Weltstaat, und werden es auch so bald noch nicht tun! Herr Fischer mag die „These“ als visionär einstufen, eine Verwirklichung – sollte sie je eintreten – ist jedoch so fern, dass diese These, diese Argumentationsfigur, eher als apolitisch zu bewerten ist.
- > Zeugt es von besonderer Moralität oder Klugheit, einen Völkerrechtsbruch zu diagnostizieren? Unser Völkerrecht ist „nachlaufendes“ Recht, geformt unter der Vorannahme, dass Staaten souveräne Einheiten sind, die verantwortlich handeln, oder, wenn dies nicht der Fall ist, für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden können. In dieser gedanklichen Systematik ist eine nicht-staatliche, nicht-territoriale Macht wie der internationale Terrorismus kaum definierbar, kaum greifbar. Gerade hier liegen aber die heute realen und wachsenden Gefahren – insbesondere dort, wo eine Verbindung zwischen Terrorabsicht und Zugriffsmöglichkeit auf Massenvernichtungswaffen droht oder drohen könnte.<sup>2)</sup> Antworten des Völkerrechts auf die neuen Bedrohungsszenarien stehen noch weitgehend aus; auch tiefgreifende Anpassungen werden erforderlich. Als systematischer Fehler muss es gewertet werden, wenn Völker- und Menschenrechtsaspekte in kaum auflösbaren Gegensatz geraten, wie dies durch allseitiges Zutun beim Irak-Konflikt eintrat.<sup>3)</sup>
- > Zeugt es von Augenmaß, wenn Jürgen Habermas urteilt: „Machen wir uns nichts vor: die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern.“<sup>4)</sup>? Mühe-los formuliert er diesen Satz, und äußerst schnell ist er mit diesem Verdikt, obwohl es eine weite Vorausschau beinhaltet, die zudem das Urteil seines Lesers vereinnahmt. Vertretbar ist auch folgende Ansicht: Die überfällige Anpassung des Völkerrechts ist durch die Bereitschaft und die Fähigkeit Amerikas, drohenden Gefahren oder unkalkulierbaren Risiken nicht nur mit „Diskursen“, sondern auch mit Macht entgegen zu treten, unabweisbar und unaufschiebbar geworden. Im Prozess der Anpassung bzw. Weiterentwicklung des Völkerrechts kann sich neue normative Autorität, die realen Gegebenheiten angepasster ist, eher und effektiver etablieren!<sup>5)</sup>

„Wer moralisch und rechtlich nicht verpflichtungsfähig ist wie zum Beispiel kriminelle Banden, lokale Warlords, ungreifbare Netzwerke anonymer Gewaltunternehmer, der kann nur mit der Gewalt einer internationalen Polizei im Zaum gehalten werden. Diese Rolle ist seit 1991 den USA als der allen anderen Mächten weit überlegenen ‚Weltmacht ohne Gegner‘ zugewachsen – auch ohne ausdrücklichen Auftrag. Amerika nimmt damit eine widersprüchliche Doppelstellung ein: als gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft ist es deren ‚Verfassung‘ unterworfen, als Ordnungsmacht, deren Präsenz die Sicherheit dieser Gemeinschaft garantiert, steht es aber zugleich auch außerhalb des Rechts. Denn wem kraft seiner Überlegenheit die Verantwortung und die Garantie für die Integrität einer Rechtsordnung zufällt, der erlangt damit notwendigerweise die Interpretationshoheit über den Inhalt dieser Ordnung,“ umreißt Ulrich K. Preuß das Dilemma: „(... deutlich) ist, dass die Beschwörung des UN-Rechts als Heilmittel gegen die durch den Irak-Krieg aufgerissenen rechtlichen und politischen Wunden hilflosen Normativismus verrät. Im Angesicht der Bedrohungen der internationalen Sicherheit bietet die gegenwärtige Rechtsordnung der UN keine Lösung.“<sup>6)</sup>

In seinem eilig beigesteuerten Text, aus dem weiter oben zitiert wurde, bezeichnet Habermas – wieder in flotter Manier – Henry Kissinger als „Machtzyniker“. In dieser einen Vokabel erschöpft sich seine Einordnung. Ist Realpolitik denn zynisch? Sind wir denn nicht auf einen ausgeprägten Realitäts-sinn der Politik angewiesen? Ist Politik denn nicht die „Kunst des Machbaren“? Kissinger war ein akribischer Realpolitiker, ohne dass es seiner Politik deswegen an Weitsicht oder Kreativität fehlte. Eher zeichnete ihn dies aus, u.a. sei an seine sowohl konzeptionell gesteuerte wie auch von größter diplomatischer Beweglichkeit gekennzeichnete Ost- und Nahost-Politik erinnert. Die politischen Entwürfe waren allerdings innerhalb des Bezugsrahmens einer damals bipolaren Welt zu formulieren. Nüchternes Kalkül, Interessenabwägungen, Bündnispolitik standen im Vordergrund – mussten dort stehen. Hat nicht auch die Irak-Erfahrung erneut gezeigt, wie notwendig ein politisches Handeln ist, das bei aller Grundsatzbezogenheit zugleich Maß nimmt an den Wirklichkeiten und Möglichkeiten – gerade auch dann, wenn man verändern will?

In einem Interview, Anfang Mai, wurde Kissinger gefragt: „Der Philosoph Jürgen Habermas hat vor kurzem geschrieben, die USA hätten wegen des Präventivschlags gegen den Irak ihre normative Autorität in der Welt verloren. Stimmen Sie dem zu?“ Seine Antwort: „Ich respektiere Jürgen Haber-

mas sehr. Aber diese Kritik berücksichtigt nicht die vorherrschende Tatsache unserer Zeit: den Wechsel von einem internationalen System, das mit dem Westfälischen Frieden geschaffen wurde, zu einem neuen System, das gerade heranreift. Die Prinzipien des Westfälischen Friedens basierten auf der Souveränität von Staaten und definierten das Überschreiten internationaler Grenzen durch organisierte Einheiten als Aggression. Aber der 11. September brachte mit der Privatisierung der Außenpolitik durch Nichtregierungsgruppen, die heimlich oder direkt von traditionellen Staaten unterstützt werden, eine neue Herausforderung ...<sup>7)</sup>

Die Replik ist sachlich, argumentativ und nicht diffamierend. Dies sollte die Ebene des transatlantischen Diskurses sein. Wir Europäer sollten nicht auf andere zeigen<sup>8)</sup>, sondern uns selbst ermahnen.<sup>9)</sup>

## 1) Europa – nur eine Mittelmacht

Durch den Irak-Konflikt kamen – freiwillig oder unfreiwillig – die Politikansätze besonders einiger europäischer Regierungen auf den Prüfstand. Dabei zeigte sich, dass die von Tony Blair eingeschlagene Linie, obwohl unpopulär, von ihm durchgehalten werden konnte, während sich der Ansatz der Regierungen in Berlin und Paris, wenngleich auf öffentliche und breite Wählerzustimmung angelegt, als kurzgriffig und nicht tragfähig erwies. Inzwischen wird von diesen Regierungen wieder Einvernehmen mit Washington gesucht; die Verabschiedung einer Resolution im UN-Sicherheitsrat stellte keine unüberwindliche Hürde mehr dar, obgleich die nun gefasste Resolution (1483) die Ergebnisse des militärischen Vorgehens akzeptiert und mitträgt und den Vorschlägen Washingtons zum weiteren Vorgehen in allen wesentlichen Punkten folgt.<sup>10)</sup>

Sollte die Autorität der UN nachträglich doch stärker ins Spiel gebracht werden als es Resolution 1483 vorsieht, so wäre die vorstehende Bewertung damit nicht hinfällig; denn einem UN-Interventionsbeschluss haben sich ja – als treibende Kräfte – gerade Paris und Berlin widersetzt. Eine Intervention war aber Voraussetzung für einen Neubeginn im Irak, da ein Regimewechsel (oder eine Änderung der Natur des Regimes) auf keinem anderen Weg erreichbar war.<sup>11)</sup> Auch der Vorwurf an Blair und Bush, dass ihre Argumentation fehlerhafte und aufgebauschte Angaben enthielt, entkräftet nicht die oben getroffene Aussage; denn von einer grundsätzlichen Bedrohung durch tatsächliche oder latente, mögliche Aktivitäten Saddams war nach vorhandener Erkenntnislage auszugehen.<sup>12)</sup> Auch von Seiten

derjenigen Experten, die in einigen Regierungsaussagen eine deutliche Übertreibung sahen, wie z.B. David Kelly, wurde das Vorhandensein eines Bedrohungspotenzials im Irak unterstellt.<sup>13)</sup>

Am Beispiel der Irak-Auseinandersetzungen wurde – sowohl für Politiker wie für die breite Öffentlichkeit – Europas Unfähigkeit besonders evident, Einfluss auf das geostrategische Geschehen zu nehmen. Auch die nachträglichen Reaktionen reichten von ‚hilflos‘ bis ‚hektisch‘ – hilflos, indem man z.B. die für den Wiederaufbau des Irak zwingend gebotene Aufhebung der Sanktionen zunächst an maximalistische Forderungen knüpfte, die, wie Resolution 1483 zeigt, nicht erfüllbar waren; hektisch, indem man z.B. den sog. Vierergipfel anberaumte, ein Treffen zum falschen Zeitpunkt, unter falschen Vorzeichen, in falscher (unzureichender) Besetzung sowie mit unverbindlich-unklarer Zielsetzung. Überwiegender Kommentar: „Eine diplomatische Meisterleistung wird man den Gipfel wohl kaum nennen können.“<sup>14)</sup> Als Bezeichnung diente auch die Wortschöpfung „Pralinen-gipfel“.<sup>15)</sup> „Luxemburg, diese Weltmacht, ist noch als Vierter hinzugestoßen zu dem Treffen, bei dem am 29. April über eine europäische Verteidigungs-Union beraten werden soll. Und dafür wird die ‚Viererbände‘, Belgien als Einladender, Frankreich, Deutschland und das Miniland eben, auch tüchtig verhöhnt. Ach, Europa!“<sup>16)</sup>

Diskurse über ein angemessenes Verteidigungsdispositiv sind sicher angebracht, doch müssen sie auch von Handlungen begleitet sein, die eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten zur Folge haben. Mit Einsparungen allein wird man dies kaum erreichen. Ein ernsthafter politischer Wille zur Aufstockung der Wehretats ist allerdings nicht zu erkennen. „Diskurse“ ersetzen hier also das Handeln. Als bloßes Surrogat verlieren sie jedoch ihre Berechtigung – insbesondere im Kontext „multipolarer“ Anspruchshaltungen, die ja auch einen entsprechenden europäischen militärischen Arm zur Voraussetzung haben.

Amerika ist in seinen militärischen Fähigkeiten den Europäern längst enteilt, und letztere machen auch keine Anstalten, rüstungstechnisch und bei der Beschaffung energisch aufholen zu wollen. Sie könnten es auch nicht, betrachtet man Tempo, Rhythmus und Dynamik der Investitionen sowie den breiten Fächer der Technikentwicklung – besonders auch am „high end“ – auf amerikanischer Seite. Diese Schere bei den Anstrengungen zwischen Amerika und Europa mag man bedauern oder nicht; in jedem Fall erscheint es müßig, wenn Europäer gleichzeitig davon tagträumen, ein annähernd gleichgewichtiger Pol sein zu können.<sup>17)</sup>

Die begrenzten militärischen Fähigkeiten Europas schließen nicht aus, dass man bedeutende Teilfähigkeiten entwickelt, die eine Ergänzung zum Köcher der amerikanischen Fähigkeitspalette darstellen. Dies bedarf ebenso einer europäischen wie der transatlantischen Koordination. Auch ein außen- und sicherheitspolitisch stärker integriertes Europa wird bei Auseinandersetzungen einer Art und Größenordnung wie im Fall Irak seine militärische Macht nur an der Seite Amerikas projizieren können. Militärisch wird Europa, ganz gleich, ob es nun seine Fähigkeiten weiter bündelt oder einzelstaatlich zersplittert vorhält, auch künftig nur „eingebettete“ Rollen übernehmen können. Weitergehende Ambitionen erscheinen durch die Praxis des politischen Handelns in Europa nicht gedeckt.<sup>18)</sup>

## 2) Europa – sicherheitspolitisch tief gespalten

Limitiert ist Europa nicht nur im Blick auf seine militärischen Fähigkeiten; auch unter Aspekten der wirtschaftlichen Performanz sowie durch gegensätzliche außen- und sicherheitspolitische Grundkonzeptionen innerhalb Europas (verdeutlicht am Beispiel Irak), sind der Entwicklung von Stärke, Dynamik und politischer Autorität Europas im internationalen Kräftespiel offenbar auf absehbare Zeit enge – innewohnende – Grenzen gesetzt.

Der politische Dissens innerhalb Europas trat augenfällig hervor, als acht Staats- und Regierungschefs Ende Januar 2003 mit einem gemeinsamen Schreiben – das zeitgleich in acht großen europäischen Tageszeitungen lanciert wurde – gegen die „Achse“ Paris, Berlin, Moskau Front machten: „Europe and America must stand united“, war die Botschaft. In ihrem Brief erklärten sie: „(...) Die transatlantischen Bande sind Garant unserer Freiheit. Das gilt heute mehr als jemals zuvor. (...) Zum großen Teil dank des Muts, der Großzügigkeit und der Weitsicht der Amerikaner wurde Europa im 20. Jahrhundert gleich zweimal von Tyrannei befreit: von Nazi-Herrschaft und Kommunismus. Auch dank der dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten haben wir Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent bewahren können. (...)“<sup>19)</sup>

Man wird nicht annehmen dürfen, dass es sich bei diesen Aussagen um politische Phraseologie handelt. Die Mitunterzeichner – Václav Havel sei hier stellvertretend für die mittel-osteuropäischen Beteiligten, der Portugiese Jose Barroso für die Süd- u. Westeuropäer genannt – nehmen sehr bewussten Bezug auf europäische und eigene, authentische Erfahrungs-

gehalte. Noch deutlicher wurde die zugrunde liegende Interessenlage, als Anfang Februar die zehn ost- und südosteuropäischen Länder der Vilnius-Gruppe den Schulterchluss mit der amerikanischen Irak-Position demonstrierten. Sie alle drängen in den Schutz der westlichen Allianz und westlichen Gemeinschaft. Glaubwürdige Garantiemacht ist für sie letztlich nur Amerika.<sup>20)</sup> Hintergrund ist die – noch lebendige – Erfahrung eines halben Jahrhunderts politischer Unfreiheit und (erzwungener) kultureller Isolation. Die Osteuropäer sagen nicht: „Nie wieder Krieg!“, sondern „Nie wieder politische und wirtschaftliche Unterjochung!“ Sie wegen dieser Haltung als „Vasallen“ zu titulieren, zeugt nur von fehlendem zeitgeschichtlichen Verständnis. Sie wüst zu beschimpfen, zeugt nur von der Realitätsferne der eigenen politischen Konzeption.<sup>21)</sup> Die Äußerungen und Tonlage Chiracs bezeichnet Karl-Peter Schwarz zurecht als „imperial“.<sup>22)</sup>

Die konkurrierenden politischen Konzeptionen – transatlantische Perspektive, gaullistische Vision, deutscher Sonderweg<sup>23)</sup> – werden schwerlich in eine gemeinsame europäische Grundposition übersetzt werden können. Dies wäre jedoch eine der Voraussetzungen, um als gewichtiger Akteur in der internationalen Politik wahrgenommen zu werden bzw. um stringente europäische Außenpolitik zu betreiben. Mindestens außerhalb Europas wird dies schnell und leicht erkannt werden.

### **3) Europa – mit wirtschaftspolitischer Altlast**

Europa sieht sich als Erfolgsmodell – politisch als auch wirtschaftlich. In der Rückschau auf die letzten fünfzig Jahre besteht wenig Grund, daran zu deuteln. Wird der Blick nach vorn gerichtet, stellen sich aber kritische Fragen. Welche Schlüsselindustrien und Schlüsseltechnologien haben ihr Kraftzentrum in Europa – heute, in 10 und in 20 Jahren? Kurzum, welche Wachstumsindustrien und -bereiche werden hier basieren? Wird das Kapital künftig von anderen Regionen dieser Welt angezogen, in dynamische, ungesättigte, weniger reglementierte Märkte? Wird es, wie dies seit langem auch in Deutschland beklagt wird, einen schleichenden „brain drain“ bei Spitzenkräften, Spezialisten und dem ambitionierten Nachwuchs geben, d.h. wird Humankapital (z.B. Forschungs- u. Managementpotenziale, der „Grundstoff“ der globalen Wissensgesellschaft) weiter abfließen? Attraktivere Konditionen und ein konstruktiveres wirtschaftspolitisches Umfeld als in vielen Ländern Europas könnten Anlass geben abzuwandern, auszulagern, geschäftliche Engagements und Partner außerhalb zu suchen.

Der Wirtschaftsmechanismus in zahlreichen Ländern Europas ist gekennzeichnet durch eine Überdehnung der Staatsfunktionen. Oft liegt ein Verständnis zugrunde, das die Initiative beim Staat sieht und einer vermeintlich staatlichen Kompetenzsphäre zu viele Aufgaben und Einzelaufgaben überantwortet – „zuschiebt“. Dem entspricht auf staatlicher und politischer Seite eine Bereitschaft, zu viele Aufgaben zu „usurpieren“. Die staatliche „Lastigkeit“ des Wirtschaftskreislaufs zieht fast zwangsläufig wirtschaftliche Entwicklungsschwäche nach sich, also die Tendenz oder Gefahr, im Wettbewerb der Volkswirtschaften auf die „Verliererstraße“ zu geraten. Die deutsche Volkswirtschaft, vor langer Zeit ein „Wirtschaftswunder“, erfährt diese Gesetzmäßigkeit nun schon seit Jahren. (Guinnessbuch-reife) Überregulierung und Reformunfähigkeit, eine überhöhte Staatsquote und Abgabenlast sowie weitere Faktoren führen zu ständig schlechterer wirtschaftlicher Performanz und sinkenden internationalen Rating-Werten. Die Zeit des Zuwartens scheint nun endgültig abgelaufen zu sein.

In einer Anzahl europäischer Länder hat der „Sozialstaat“ eine wohlfahrtstaatliche Ausformung erhalten – mit einer ausufernden Sozialbürokratie, die ein Eigenleben entwickelt hat und an ihrem Fortbestand festzuhalten trachtet. Investive Aufgaben werden zugunsten konsumptiver Ausgaben der Sozialverwaltung zurück gedrängt. Der seine Bürger nicht nur sozialstaatlich schützende, sondern sie „sozialfürsorglich“ verwaltende Staat ist Bestandteil des Gesellschaftsbilds dieser Länder und Programmpunkt ihrer Regierungen.<sup>24)</sup> Daraus folgt und spricht ein Mangel an notwendiger ökonomischer Grundorientierung.<sup>25)</sup>

Eine Wirtschaftspolitik, die unter dem Diktat der Sozialpolitik steht, ökonomische Logik aushebelt und das individuelle Leistungsprinzip zu sehr am Gedanken staatlichen Handelns und kollektiver Fürsorge relativiert, liefert keinen Beitrag zu einem wirtschaftlich dynamischen, ressourcenstarken, handlungsfähigen Europa, das seine Verantwortung und seine beanspruchte Rolle in der Welt wahrnehmen könnte; denn es dominiert bei diesem Grundverständnis von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die Neigung, dynamische Faktoren durch staatlichen Eingriff „sozialverträglich“ abzufangen. *Anders als nach den Prinzipien eines derartigen Handlungsmusters bestimmt im Leben Amerikas das wirtschaftliche Leistungsprinzip ungebremster und unverbrämter die gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen. Für die Chancenverteilung im wirtschaftlichen Kräfteverhältnis liegen die Folgen auf der Hand.*<sup>26)</sup>

#### 4) Europa – ohne offen geführte strategische Debatte

Eine breite „nationale Debatte“ zu außen- und sicherheitspolitischen bzw. strategischen Fragen, wie sie in Amerika zwischen Vertretern der Politikwissenschaft namhafter Institute, Institutionen und Organisationen sowie der Administration und ihrer Teilbereiche – Departments – stattfindet, hat in Europa leider keine Parallele. Eher zerfällt hier die Diskussion in einen wissenschaftsimmanenten Austausch einerseits und eine im politischen Prozess und seinem Umfeld stattfindende Debatte zur Positionierung von Parteien und ihrer Sprecher andererseits. Die „wissenschaftsimmanente“ Rezeption zerfällt wiederum in eine „friedenspolitische Teilöffentlichkeit“ und eine solche mit mehr Nähe zum außenpolitischen, diplomatischen und strategischen Bezugsfeld. Eine gewisse Abschottung tritt auch zwischen Politik-, Gesellschafts-, Wirtschaftswissenschaftlern, Militärfachleuten auf. Statt einer Integration und Bereicherung der Diskussion, kennzeichnen eher Trennlinien – eine segmentierte Öffentlichkeit – das Bild.<sup>27)</sup>

Kristallisationspunkte der Debatte – soweit sie hier stattfindet – bilden vor allem die Beiträge amerikanischer Autoren. Joseph Nye ist und war einer dieser Autoren, um nur ein Beispiel zu nennen; er verweist auf die vielfältigen Ebenen der Einflussnahme und Machtentfaltung und empfiehlt folglich eine Mehr-Ebenen-Strategie mit konsequent multilateralem Ansatz. Nye, der auch Mitglied der Clinton-Regierung war, hat mit seinen Thesen viel Zuspruch in Europa bekommen.<sup>28)</sup> Als Beispiele könnten ferner auch Fukuyama und Huntington<sup>29)</sup>, Kupchan und Kagan<sup>30)</sup>, oder – aus weiter zurück liegenden Jahren – Kennan, Lippmann, Strausz-Hupé<sup>31)</sup>, um nur einige Namen zu nennen, genannt werden. Die Erwähnung dient hier nur als Hinweis auf einen seit Jahrzehnten intensiv geführten und fortdauernden strategischen Diskurs, einer „nationalen Debatte“ um (a) die richtige Analyse und (b) den richtigen Handlungsansatz.

In Deutschland wird in weiten Teilen der Öffentlichkeit unterstellt, dass es im Planungsprozess der US-Außen- und Sicherheitspolitik an Fundiertheit und Analytik fehlt. Weniger wird damit ein Sachverhalt richtig bezeichnet, als eigene Unkenntnis gezeigt und vielleicht hiesige Erfahrung unkritisch übertragen (gemeint: die Erfahrung des Ausbleibens einer öffentlich, anspruchsvoll und relevant geführten strategischen Debatte). Wenn in Kreisen der Bundesregierung in Washington „Cowboy“-Attitüden unterstellt werden und der Bundeskanzler auf Wahlkampfveranstaltungen beim Irak-

Thema erklärt, dass er „für Abenteuer nicht zur Verfügung stehe“, so offenbart sich hier – in der Tat – ein abenteuerliches Verständnis der Entscheidungsprozesse bzw. der Entscheidungsvorbereitung in der US-Administration.

Die Entscheidungsfindung über das Vorgehen im Irak beruhte auf einem langdauernden und prinzipiellen politisch-konzeptionellen Streit, bei dem sowohl fachliche Gesichtspunkte als auch Macht- und Interessenkämpfe zwischen politischen Gruppierungen innerhalb der Administration – mit Trennlinien insbes. zwischen dem Defense und State Department – bestimmend waren. Zwischen den widerstreitenden Auffassungen wurde ein erbitterter Kampf ausgefochten, der auch zur Ausgrenzung der fachlichen Expertise der konkurrierenden Gruppierungen führte. Das Problem lag in mangelnder Koordination der Arbeitsstäbe und Ressorts, nicht an mangelndem planerischen Ressourcenaufwand: „The State Department and other agencies spent many months and millions of dollars drafting strategies on issues ranging from a postwar legal code to oil policy.“ „The Pentagon planners showed little interest in State’s Future of Iraq project, a \$5 million effort begun in April 2002 to use Iraqi expatriates and outside experts to draft plans on everything from legal reform to oil policy. Wolfowitz (deputy secretary of defense, d. Verf.) created his own group of Iraqi advisors to cover some of the same ground.“<sup>32)</sup>

Wesentliche Planungsfehler, die die Zeit nach Saddams Sturz betrafen, hätten durch bessere Zusammenarbeit innerhalb der Administration vermieden werden können, da richtige Denk- und Planungsansätze vorhanden waren. Dass diese nicht genug verknüpft und durch Zusammenarbeit optimiert wurden, hing auch damit zusammen, dass über eine Strategie des Regimewechsels im Irak nicht offen nachgedacht werden konnte, um dem Widerstand von vielen Seiten nicht neue oder zusätzliche Nahrung zu geben: „Through the fall (Herbst 2002, d. Verf.), there was no single coordinator for competing ideas: A proposal to set up a postwar planning office died because the administration feared that it would signal already skeptical U.N. Security Council members that Bush was determined to wage war. (...) It was not until January that Bush designated a coordinator to pull together the various plans. On Jan. 20 – the day the French foreign minister announced that France would not support a U.N. resolution for war – Bush signed National Security Directive 24, giving postwar control of Iraq to the Pentagon, which had lobbied hard for the job.“<sup>33)</sup> Ein konstruktiver Dialog war so nach innen wie nach außen erschwert.

Die US-Regierung war zum militärischen Handeln längst entschlossen. Es wäre von Vorteil für eine möglichst sachliche Behandlung aller Fragen im Zusammenhang der irakischen Nachkriegsordnung gewesen, wenn ein arbeitsfähiges diplomatisches Verhältnis der Regierungen in Paris und Berlin zur amerikanischen Regierung aufrecht erhalten worden wäre. Eine pragmatische Haltung hätte möglicherweise auf die Planung der Nachkriegsentwicklung Einfluss nehmen und den Sichtwinkel des State Department in manchen Fragen stützen können.<sup>34)</sup>

Die Risiken der Nachkriegsentwicklung im Irak, insbesondere für den Fall, dass ungenügende Maßnahmen ergriffen würden und nicht schnell genug gehandelt würde, wurden innerhalb der US-Administration sowie seitens der US-Geheimdienste präzise vorausgesagt.<sup>35)</sup> Allerdings dienten diese Hinweise nicht als Argument gegen ein Handeln (regime change und die Vernichtung – vermuteter – Massenvernichtungswaffen); es waren am Erfolg der Aktion orientierte Empfehlungen. Anders bei den deutschen und französischen Einwendungen: hier dominierte das Motiv, einen Einmarsch als falsch erscheinen zu lassen und zu verhindern. War er denn eindeutig falsch? Wäre eine Kompromissformel gesucht und die Zuspitzung im UN-Sicherheitsrat abgewendet worden, hätte es gelingen können, nach Ende der militärischen Kampfhandlungen das Gewicht der UN im Irak zum Aufbau einer Zivilgesellschaft weit mehr einzubringen. Realpolitik beinhaltet das Eingeständnis, dass militärische Handlungen durchaus ein Mittel der Politik sind. Dies hatte sich die rotgrüne Regierung schon bezüglich des Kosovo und Afghanistans einzugestehen!

Es könnte lohnend sein, über folgende Frage nachzudenken: Wäre für einen Kanzler der Bundesrepublik das von Schröder im Wahlkampf gezeigte Verhalten möglich gewesen, wenn eine offen geführte strategische Debatte, die sich den realpolitischen Herausforderungen unserer Zeit stellt, feststehender Bestandteil der politischen Kultur unseres Landes wäre? Durch die angesprochene Segmentierung der Debatte einerseits und die partielle Verweigerung einer realpolitischen Bezugnahme der Argumente andererseits, kann sich offenbar ein „Fenster“ für Fehlkalkulationen öffnen. Durch das Fehlen einer etablierten strategischen Debatte konnte offenbar auch der Regierungs- und SPD-interne Diskurs rigoros verweigert werden. So brachte der „realpolitische Flügel“ seine Infragestellung und Ablehnung der Schröderschen Position gleichsam „außerparlamentarisch“ zu Gehör. Schröders Positionierung ist auch die Folge der Selbstghettoisierung einer innerparteilichen und innergesellschaftlichen geistigen Strömung.<sup>36)</sup>

## 5) Exkurs – zur Erinnerung an morgen (anknüpfend an Abschnitt 3)

Wieviel Staat ist zuträglich? Auch hier dürfte das Wort des Paracelsus über die Wirkung von Arzneien gelten: „Alle ding sind gift und nichts on gift; alein die dosis macht das ein ding kein gift ist.“ Zu viel Staat bedeutet in der Tendenz zu wenig Bürgergesellschaft, gebremste Selbstinitiative, gleichsam „vom Staat geliehene“ gesellschaftliche Identität, Vitalitätseinbußen. Die notwendigen Anpassungen an eine sich schnell verändernde Welt bedingen jedoch – wenn es eine nachhaltige, also stabile Entwicklung sein soll – ein aktives, d.h. von Selbstinitiative mit getragenes Verhalten aufseiten der Einzelnen in ihren Lebensbereichen.

Es entspricht doch nüchterner Sicht, wenn gesagt wird: Es geht für das Land (den Kontinent) und seine Menschen um die Bewältigung einer offenen, beeinflussbaren und selbst mit zu verantwortenden Zukunft. Dazu müssen staatlicherseits Voraussetzungen geschaffen, nicht jedoch Hindernisse aufgebaut werden (wie z.B. die nicht mehr zu schulternden Soziallasten oder ausufernden Vorschriftenwerke). An Beispielen und Belegen für zu viel Staat und zu viel Regulierung fehlt es nicht. Eine Abkehr von der bisherigen Praxis wird immer dringlicher. Die Wahlbürger scheinen das zu begreifen, die Politikverantwortlichen dagegen verharren oft noch. Es fehlt weithin immer noch an der Einsicht oder aber an der notwendigen Konsequenz.

Der Mut zur Einsicht und zum Handeln wird nun aufgebracht werden müssen. Ihn zu finden fällt leichter, wenn man sich klar macht, dass bei Nichtüberwindung des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformstaus in Deutschland (das hier stellvertretend auch für einige andere europäische Länder genannt sei) das Regierungshandeln weiterhin Gefahr läuft, eine unsachgemäße Profilierung in Ersatzhandlungen zu suchen – der Irak-Konflikt bot dafür Anschauungsunterricht. Aktiv wurde vor allem auf Wahlkampfveranstaltungen – statt auf diplomatischer Ebene – agiert. Wir haben uns daran zu erinnern, dass deutsche Sonderwege stets aus einer Notlage heraus bzw. aus Mangel an Perspektive beschritten wurden. Es ist deshalb nicht nur aus Gründen wirtschaftlicher Prosperität, sondern auch unter dem Gesichtspunkt eigener Berechenbarkeit von größter Bedeutung, dass eine (1.) konzeptioneller angelegte und (2.) konsequenter durchgeführte Politik zum Zug kommt.

Weitgehende Konzeptionslosigkeit, die einerseits das Land im Innern blockiert, zeigte sich andererseits im außenpolitischen Verhalten bezogen auf den Irak-Konflikt. Dilettantisch war auch der nachträgliche Versuch, einen neuerlichen Anstoß für eine europäische Verteidigungsorganisation zu geben; denn nicht nur konnte der dazu anberaumte „Vierergipfel“ dies mangels Substanz in seiner Zusammensetzung niemals leisten.<sup>37)</sup> Vor allem musste bereits der Ausgangsgedanke der vier Mitwirkenden allen übrigen Europäern ein Dorn im Auge sein, dass nämlich ein innerer Kreis von „Stammländern“ der Union „vorangehen“ bzw. den Prozess vorantreiben und formen müsse. Ein „Kerneuropa“ dieser Art<sup>38)</sup>, das den weiteren Weg im Ansatz und in der Grundrichtung vorzugeben beansprucht, fordert Gegenwehr heraus, zumal hier ein Zentralaspekt staatlicher Souveränität in Frage steht. Kerneuropa – *das ist eben nicht eine bestimmte Ländergruppe, sondern, wenn dieser Begriff überhaupt Sinn machen soll, derjenige Kreis von Entscheidungs- und Leistungsträgern, die Europas Zukunft sichern, sowie diejenigen Wahlbürger, die einem wettbewerbsfähigen Europa die Zustimmung geben, also auf mittlere Sicht insbes. der qualifizierte, kreative, handlungs- und verantwortungsbereite Nachwuchs – gleich welcher Nationalität.*<sup>39)</sup>

## 6) Einsichten und Fragen – Zusammenfassung Teil 1

Gemessen an europäischen Realitäten erscheint eine an „multipolaren“ Konzepten ausgerichtete europäische Politik unfundiert und untauglich. Auf europäischer Seite fehlt es, wie eine ungeschönte Inventur zeigt, an wesentlichen Voraussetzungen; auch dürften viele Ressourcen auf nahe und mittlere Sicht im europäischen Einigungsprozess gebunden bleiben. Dagegen drängt sich eine multilateral angelegte Politik aus Sicht der Möglichkeiten und der Interessenlage Europas geradezu auf. In der Abstimmung mit Amerika liegt die Chance zur dosierten Geltendmachung europäischen Einflusses auf strategischer Ebene. Wo jedoch eine Abstimmung im transatlantischen Verhältnis an gegensätzlichen Interessenlagen scheitert, bedarf es zum einen ausreichender Bemühungen um innereuropäischen Interessenabgleich und zum anderen deutlich besserer Ausschöpfung der vielfältigen Konsultationsmöglichkeiten im transatlantischen Verhältnis. Dies setzt allerdings die Einsicht voraus, dass die strategische Partnerschaft mit Amerika angesichts der immensen globalpolitischen Herausforderungen unverzichtbar ist.

„Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttonettoprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union – ob es einem gefällt oder nicht – ein globaler Akteur; sie sollte daher bereit sein, einen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit zu tragen.“ Mit dieser Mahnung eröffnet J. Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, den Text seines Entwurfs einer europäischen Sicherheitsstrategie.<sup>40)</sup> Eine weitere, in Zahlen gefasste Aussage, die ein Nachdenken provozieren kann, soll hier hinzugefügt werden. Franz-Jochen Schoeller, früherer deutscher Botschafter in Polen, Frankreich und Brasilien und zuvor u.a. an den Botschaften in Rom, Madrid sowie Teheran tätig, äußerte sich in einer Korrespondenz zur Frage des Bedarfs an einer aktiver und breiter geführten strategischen Diskussion wie folgt: „Wie notwendig diese Gedankenarbeit ist, wird transparent, wenn man davon ausgehen kann, dass die europäische Bevölkerung im Jahre 2030 nur noch 5% der Weltbevölkerung ausmacht. Gelingt es nicht, bis zu diesem Zeitpunkt die in leidvoller europäischer Geschichte gemachten Erfahrungen in globale Harmonisierungs- und Friedensbemühungen umzusetzen, kann man nur mit Sorge in die Zukunft blicken.“<sup>41)</sup>

Der Blick auf das politische Handeln vieler Regierungen sowie auf die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit und den Parteiöffentlichkeiten in den Ländern Europas gibt immer noch wenig Anlass zu der Erwartung, dass Einsichten jetzt zunehmend und nachhaltig vollzogen würden und sich durchsetzen könnten: „Die EU und andere Organisationen haben die Situation regelrecht verschlafen. Es gab keine radikalen Fragen, geschweige denn Antworten auf die neuen sicherheitspolitischen Probleme,“ wie Andreas Flocken in der NDR-Sendereihe „Streitkräfte und Strategien“ – „Das Forum“, Sendung vom 28.6.03 – einführend zum Thema Bildung einer europäischen Sicherheitsstrategie anmerkte. In Anbetracht der gegensätzlichen Auffassungen zu den Notwendigkeiten transatlantischer Kooperation und geopolitischer Verantwortung und angesichts der oft sehr aktivistisch eingenommenen Verweigerungshaltungen – praktiziert unter vielen Decknamen – muss die Frage gestellt werden, ob realpolitische Positionen in erheblichen Teilen der europäischen Öffentlichkeit überhaupt kommunizierbar sind; ob vielmehr ein Nischendenken weiterhin vorherrschen wird, also manche europäischen Länder oder Europa als Ganzes für sich lediglich Nischenlösungen suchen und so die Ressourcen vergleichsweise wohlhabender und befriedeter Staaten einem Handeln in größeren Zusammenhängen entzogen werden.<sup>42)</sup>

gewidmet<sup>\*)</sup>

meinen beiden Großvätern  
und meinen beiden Töchtern

## Naheliegende Einsichten und Fragen: Europa nach der Irak-Erfahrung

### Teil 2: Mündigkeit versus Öffentlichkeit?

Der Abstand in Teilen unserer Öffentlichkeit (und einiger politischer Lager) zu einer realistischen Einschätzung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsspielräume muss angesichts dessen, was jüngst am Beispiel der Auseinandersetzung in der Irak-Frage zu beobachten war, als erheblich angesehen werden – dies wurde in Teil 1 anhand zentraler Aspekte (wirtschaftliche Performanz, widersprechende politische Interessenlagen, mediale und strategische Defizite) verdeutlicht und soll auch nachfolgend aufgezeigt werden. Dabei wird auf eine blockierte Realitätswahrnehmung in weiten Teilen der politischen und breiteren Öffentlichkeit eingegangen und ein alternativer Zugang zur Bewertung der Situation, der Perspektiven und Erfordernisse vertreten.

### **7) Europa – selbstverschuldet unmündig?**

Friedensbeteuerungen nehmen oft Bezug auf Kants Schrift vom Frieden. Immanuel Kant – der Stadt, die sein Lebensmittelpunkt war und deren Namen umkämpft ist, kann durch den allmählichen Integrationsprozess des sich nach Osten öffnenden Europas wieder mit mehr Zuversicht gedacht werden – hat darzulegen versucht, welches die Bedingungen einer den Frieden fördernden Weltordnung sind.<sup>43)</sup> Nicht schwärmerisch, sondern in nüchterner Betrachtungsweise nimmt er sich des Themas an: „Der Friedenszustand unter Menschen, die neben einander leben, ist kein Naturstand (status naturalis), der vielmehr ein Zustand des Krieges ist, d.i. wenn gleich nicht immer ein Ausbruch der Feindseligkeiten, doch immerwährende Bedrohung mit denselben. Er muss also **gestiftet** werden (...)“<sup>44)</sup>

---

<sup>\*)</sup> Begründung der Widmung s. nach Textende

Die Hervorhebung erfolgte durch Kant selbst. Der Frieden fällt uns nicht nur zu, er ist das Ergebnis bewusster Handlungen. Kein einfaches Rezept steht zur Verfügung, verschiedene Gesichtspunkte und Optionen sind dabei abzuwägen. Kant formuliert eine Reihe bewusster Eingrenzungen im Blick darauf, was als Zustand des Friedens definiert werden kann. Sein „Erster Definitivartikel zum ewigen Frieden“ lautet: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“<sup>45)</sup> Auch wir werden die inneren, konstitutiven Bedingungen von Frieden reflektieren müssen. Bei den Diskussionen um die Frage, wie auf Saddams Regime zu reagieren sei, war von einer abwägenden, mehrschichtigen Betrachtung oft wenig zu spüren. Weite Teile der Öffentlichkeit wollten „Front machen“ – weniger gegen das angesprochene Regime als gegen die „Bush-Regierung“. Die Friedensrhetorik war oft gerade nicht auf rationalen Diskurs angelegt.<sup>46)</sup>

Kant ging es um geistige Ordnung im Leben der Menschen und Völker (vor Augen hatte er die europäische Region). Es ging ihm um Orientierung am Maßstab „vernünftiger“, in sich logischer und dadurch praxisfähiger Kategorien, die Verbindlichkeit beanspruchen können, dies sowohl für den einzelnen Menschen (z.B. „kategorischer Imperativ“) wie für das Zusammenleben der Völker (z.B. mit seiner - hier zitierten - Schrift zum „Ewigen Frieden“). Mündigkeit auf Seiten der Menschen ist dafür eine Voraussetzung, sowohl als Weg wie als Ziel. Einen dem gemäßen Rang nimmt dieser Begriff in seiner Vorstellung ein.

- > Mündigkeit erweist sich auch durch die Fähigkeit zum konstruktiven Dialog. Unsere Regierung legte sich hinsichtlich ihrer Irak-Position vorab – unilateral – fest. Weder der innereuropäische noch der transatlantische Dialog wurde ausreichend gesucht. Friedensrhetorik wird sich messen lassen müssen am tatsächlichen Friedensbeitrag. Dazu gehören nüchterne Einschätzungen (der Möglichkeiten) und sachliche Analysen (der Wirklichkeiten). Wer in einer Politik, die dem irakischen Diktator (dessen Verachtung für Menschen- und Bürgerrechte bekannt war) mit Entschlossenheit entgegentrat (wie die US-Regierung im Unterschied zu einigen Ländern Europas), eine größere Gefahr gesehen hat als im Saddam-Regime (wie in Teilen der Öffentlichkeit zu beobachten war), zeigte sich insoweit desorientiert und hat auch zur Desorientierung beigetragen.
- > Mündigkeit erweist sich auch durch Realitätssinn. Kriegshandlungen sind nach aller Erfahrung aus dem Zusammenleben der Völker kaum endgültig

auszuschließen. Würden sie aber vollends ausgeschlossen, schwindet die Möglichkeit, durch Gewaltandrohung Einfluss auf Fehlentwicklungen (wie im Irak) nehmen zu können. Zurecht erklärten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 17.2.03: „Bagdad sollte sich keine Illusionen machen: Es muss sofort und vollständig abrüsten und kooperieren. Der Irak hat eine letzte Möglichkeit, diese Krise friedlich beizulegen.“ Die zitierte Erklärung kam erst nach einer Vielzahl unkoordinierter und gegeneinander gerichteter Aktionen und nach einem längeren „Verhandlungspoker“ zustande. Eine gemeinsame Erklärung sollte unterstreichen, dass die Europäische Union inmitten der selbst geschaffenen Schwierigkeiten noch zu konstruktiver Aktion fähig war. Nur mit Mühe wurde schließlich doch noch ein Kompromiss erzielt. Als tragfähige Basis für ein gemeinsames Handeln, das dann auch Gewicht gehabt hätte, erwies sich dieser Kompromiss jedoch nicht. Der Bundeskanzler, als einer der Unterzeichner der Erklärung, relativierte sogleich ihren Aussagegehalt. Befragt zur oben zitierten Kompromissformel, ob die Bundesregierung damit nicht ihre bisherige Position aufgeben, argumentierte er, dass es sich hier um einen eher abstrakten Grundsatz handle und die Bundesregierung unverändert bei ihrem Nein zu einer militärischen Lösung bleibe.

Mit definatorischer Beliebigkeit wird Europa sein Gewicht im politischen Kräftespiel nicht vergrößern können (u. somit auch nicht der friedenspolitischen Aufgabenstellung von Politik im wünschenswerten Maß entsprechen können).

## **8) Europa – ongoing reeducation or self-education?**

Deutschland beteiligt sich seit einigen Jahren mit eigenen Truppen bei „out of area“-Einsätzen an internationalen Brennpunkten. Vor den Ereignissen, die dazu führten, gab es kein Ausweichen. Wäre die Entscheidung nur von einem Diskurs abhängig gewesen, stünden deutsche Soldaten nicht auf dem Balkan, am Horn von Afrika oder in Kabul. Es ist gut, dass sie dort stehen – Deutschland, ein wohlhabendes Land, übernimmt Mitverantwortung! Doch wie schwer hat man sich getan, um entsprechende Schritte zu vollziehen! Selbst nach dem Schock des 11. September (und trotz UN-Beschluss) war die Unterstützung aus den Koalitionsfraktionen für ein militärisches Vorgehen gegen die terroristischen Operationsbasen in Afghanistan nicht gesichert. Der Kanzler sah sich veranlasst, die Vertrauensfrage zu stellen, um die Zustimmung zu sichern.

In ähnlicher Lage war schon sein Außenminister beim Grünen-Parteitag in Bielefeld im Mai 99 gewesen. In der Frage des Nato-Einsatzes gegen Milosevic hatte Fischer der Regierungsposition gegen die eigene Basis Nachdruck verschaffen müssen. Wegen des Grundsatzstreits in dieser Frage war ein Parteitagsbeschluss verlangt worden. Von den Delegierten forderte Fischer ein Votum, das geeignet sei, die politischen Bedingungen zu schaffen für seine Außenministertätigkeit und die Koalitionszusammenarbeit. Damit hatte er eine indirekte Rücktrittsdrohung ausgesprochen.

Zur Begründung seines Standpunkts, dass der Nato-Einsatz (für den es kein Mandat der Vereinten Nationen gab) im vollen Umfang erforderlich sei, verwies er auf Parallelen der serbischen Kriegsstrategie zu den Verbrechen der Nazizeit. „Nie wieder Auschwitz“, lautete seine Begründung dafür, dass der Grundsatz „Nie wieder Krieg“ im vorliegenden Fall einzuschränken sei. Bewusst übernahm er das Vokabular der Nazis zur Kennzeichnung der Kriegsziele und Handlungsweisen aufseiten von Milosevic. So warf er diesem z. B. „völkische“ Vertreibungspolitik vor.

Dass der Inbegriff des Nazi-Terrors – Auschwitz – und andere Parallelverweise erhalten sollten oder mussten, um das Gefühl und Gewissen der grünen Delegierten aufzurütteln und die Stimmabgabe im Sinne der Regierungsposition zu beeinflussen, erscheint nicht völlig plausibel. Für einen fühlenden und denkenden Menschen sollte es genügen, wenn von „Vertreibungspolitik“ oder „systematischer Vertreibungspolitik“, „Massenerschießungen“, „Massengräbern“ etc. gesprochen wird. Nicht nur muss berücksichtigt werden, dass politische Argumentation auf der Ebene des „moralischen Overkill“ auf Dauer eine abstumpfende Wirkung hat, stets ist auch zu prüfen, ob Vergleiche nicht scheitern müssen am Charakter, dem Bedeutungsgehalt, der Ausgeprägtheit oder Einmaligkeit der zitierten Vergleichsereignisse.

Als Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre kann festgestellt werden, dass zum einen die deutsche Politik durch Einsatz eigener bewaffneter Kräfte einen Schritt zur Übernahme von mehr Verantwortung getan hat, zum anderen, dass dieser Schritt Lerneffekte mit sich bringt, etwa dergestalt, dass es zunehmend auf (zumindest grundsätzliches) Verständnis stößt und als Verpflichtung bejaht wird, wenn unser Land an internationalen, z. T. sehr entfernten Plätzen ordnungspolitische Gestaltungsaufgaben mit übernimmt. Gleiches kann auch für Europa als Gesamtheit eintreten; deutsche Befindlichkeiten sind hier nur als Beispiel genannt.

Die Entsendung deutscher Soldaten fiel in die Zeit der rotgrünen Koalition; sie wäre auch bei anderer Bundestagsmehrheit erfolgt, aber der Umstand, dass die Entscheidung und Verantwortung bei Rotgrün lag, beförderte die realpolitische Orientierung und war in dieser Hinsicht ein Stück politischer Erziehungsarbeit. Da es ohne die Tatkraft Amerikas nicht zu militärischen Maßnahmen an den genannten Brennpunkten gekommen wäre, hätte ein Tätigwerden deutscher und europäischer Einheiten (außer bei Blauhelm-Einsätzen – hier sei an Srebrenica erinnert)<sup>47)</sup> nicht stattfinden können. Die Handlungserfordernisse schufen somit für die Europäer die Möglichkeit zur Übernahme neuer Verantwortung und zur Überprüfung fixierter Denkmuster. Der Anstoß zur Weiterentwicklung im Sinne realpolitischer Orientierung verdankt sich insoweit der Ordnungsmacht Amerika.<sup>48)</sup>

## 9) Europa – Identitätsbildung online oder offline?

Die koordinierten Anstrengungen im Rahmen der Nato – auf dem Balkan und in offizieller Zuständigkeit ab August diesen Jahres in Afghanistan –, demonstrieren, wie geräuschlos, organisiert und auftragsgerecht die vielfältigen Kapazitäten der Nato-Partner zusammengeführt und zur Geltung gebracht werden können. Auch bezogen auf das Beispiel Irak sind Unterstützungsmöglichkeiten erkennbar und Erfolg versprechend. Nicht immer wird sich der Aufwand im Verhältnis zum Ertrag „rechnen“ (falls eine Bewertung dieser Art überhaupt möglich ist), aber eine Zwischenbilanz gibt doch Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Durch die derzeitigen Reformmaßnahmen in den Streitkräften der Nato-Staaten werden sich Komplementarität und Projektionsfähigkeit zudem noch verbessern, so dass in ganz praktischer Weise durch sichtbare und erfolgreiche Kooperation der Europäer (wenn auch im Rahmen des atlantischen Bündnisses) europäische Identität gestiftet werden kann.

Durch die großen Ressourcen des Bündnisses – logistische Kapazitäten, eingespielte Verfahren, Vielfalt der Fähigkeiten, Vielzahl und Stärke der Mitglieder – ist für den Fall des Einsatzes ein hohes Maß an politischer Autorität gewährleistet und im Vollzug der Aktion ein Erfolg eher möglich. Das erscheint angesichts oft schwieriger Lagen von Wichtigkeit, auch um vorzubeugen. Andererseits haben Nato-interne Auseinandersetzungen auch gezeigt (AWACS-Einsatz, Stationierung von Patriot-Raketen in der Türkei), dass die Entscheidungsfähigkeit blockiert oder reduziert sein kann oder aber, dass es bei der Führungsmacht z.T. an der Bereitschaft zur Abstimmung einer von allen getragenen Position fehlen kann.<sup>49)</sup>

Soll die Eigenverantwortung der Europäer in der Außen- u. Sicherheitspolitik gestärkt und verdeutlicht werden und soll daher die Entscheidungsfindung stärker innereuropäisch erfolgen, so muss sowohl den Gesichtspunkten Rechnung getragen werden, auf die schon hingewiesen wurde (z.B. kontradiktorische Sicherheitskonzeptionen innerhalb Europas), als auch an einem Mechanismus gearbeitet werden, wie die zu entwickelnden Strukturen auf europäischer Seite mit denen des atlantischen Bündnisses (einschl. der transatlantischen Seite) „kompatibel“ gehalten werden können. Wie kann mit der Dynamik separierter, paralleler Strukturen umgegangen werden? Wie soll reagiert werden, wenn sich Profilbildung und Rivalität destruktiv auswirken? Entwicklung von Effektivität und Entwicklung europäischer Identität können einen Zielkonflikt bilden. Welche Schnittmengen bilden beim Vollzug dieser wünschenswerten und notwendigen Entwicklungen (von einerseits Effektivität, andererseits Identität) die Untergrenze politischer Akzeptanz?

Angesprochen auf das „multipolare“ Konzept Chiracs, verdeutlichte Blair kürzlich: „I don't want Europe setting itself up in opposition to America ... I think it will be dangerous and destabilising.“ Die vermutete Folge einer Positionierung Europas gegenüber Amerika: „I believe that they will very quickly develop into rival centers of power.“ Schließliches Ergebnis wäre dann: „You end up reawakening some of the problems that we had in the cold war with countries playing different centres of power off each other ...“<sup>50)</sup>

In diesen Einschätzungen spiegelt sich eine nüchterne Sicht; sie verdient Beachtung. Europa sollte – gerade im Blick auf seine reiche historische Erfahrung – bestrebt sein, auch im Prozess der Ausprägung europäischer Identität „online“ zu bleiben, genauso im transatlantischen Verhältnis wie auch innerhalb Europas. Während der Irak-Auseinandersetzungen wurde der Dialog weder ausreichend mit Amerika geführt noch „mit sich selbst“ innerhalb Europas. Man war weitgehend „offline“ – z.B. zwischen Berlin und Washington oder auch zwischen der „Achse“ auf der einen Seite und einer Mehrzahl der europäischen Partnerländer auf der anderen Seite. Die politische Marschroute bestand – wörtlich – darin, sich „auseinander“ statt „zusammen“ zu setzen. Hierzu eine Bemerkung aus spitzer Feder: Seinen kürzlichen Beitrag „Unsere Erneuerung“<sup>51)</sup> beginnt J. Habermas mit einem Seitenhieb auf die – schon erwähnte – Erklärung der acht Staats- und Regierungschefs<sup>52)</sup>: „Wir sollten den Tag nicht vergessen, an dem die Zeitungen ihren verblüfften Lesern von jener Loyalitätsbekundung gegenüber Bush Mitteilung machten, zu der der spanische

Ministerpräsident die kriegswilligen europäischen Regierungen hinter dem Rücken der anderen EU-Kollegen eingeladen hatte ...“ Habermas legt offenbar Wert auf eine Disqualifizierung der „Erklärung der Acht“. Statt den Fakt wechselseitiger Ausgrenzung zu thematisieren (unilateral hatte sich schon die Bundesrepublik ausgeklinkt), wird in moralisierender Haltung – sowie mit diffamierendem Unterton – Schuld zugewiesen: „... hinter dem Rücken der Kollegen ...“ / „... kriegswillige Regierungen ...“. Gemeint: z.B. Václav Havel – die Erwähnung des Namens, eines Europäers von Rang, mag zur Problematisierung des Vokabulars genügen. Erinnerung sei daran, dass „europäische Identität“ an rationale Diskurse gebunden ist. Wer wüsste dies besser als Jürgen Habermas. Dann weiß er aber auch, dass die Erklärung der acht Staats- und Regierungschefs nicht deshalb erfolgte, weil sie sich „hinter dem Rücken der Kollegen“ trafen!

## **10) Europa – und seine Schwierigkeiten, mit sich selbst identisch zu sein**

Auch auf dem außen- und sicherheitspolitischen Feld muss sich europäische Identität bilden. Organisationspraktische Ansätze dazu bestehen in vielfältiger Form, z.B. die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP). Eigene europäische verteidigungspolitische Konzeptionen sind seit mehr als fünfzig Jahren virulent, z.B. nahmen sie in der WEU Gestalt an. Die (west-)europäische politische Linke hat sich des Themas und Anliegens kaum angenommen – mangels Bewusstsein. An der Oberfläche scheint sich der Wind jetzt leicht gedreht zu haben. Eine der Stimmen, um nur ein Beispiel heraus zu greifen, sei aufgeführt: In der durch die Stellungnahmen von Habermas angestoßenen „Europa-Initiative“ beteiligt sich auch der spanische Philosoph und Sprecher der Bürgerrechtsbewegung in seinem Land, Fernando Savater. In der Zeitung „El País“ verlangt er die Schaffung „einer ausreichenden militärischen Macht“, um künftig ohne den „Schutz anderer interessierter Mächte“ europäische Interessen vertreten zu können.<sup>53)</sup>

Dass Verteidigungspolitik – dazu gehören organisierte militärische Strukturen und Interessen und erhebliche Budgets – auf Dauer das Anliegen jener Teile der Öffentlichkeit bilden wird, die, vereinfachend ausgedrückt, das eher „linke“ Spektrum ausmachen, erscheint fraglich. Auch bei diesem Punkt sei nochmals auf Habermas Bezug genommen. In der schon zitierten Veröffentlichung „Unsere Erneuerung“ (v. 31.5.03 in der F.A.Z.)

bemüht er auffällig oft die These von der Weltinnenpolitik. Auf die eingeschränkte politische Aussagekraft dieser „These“ wurde zuvor schon eingegangen (s. Abschnitt Vorüberlegungen). Laut Habermas solle Europa „seinen Einfluss bei der Gestaltung des Designs einer künftigen Weltinnenpolitik zur Geltung bringen“. An anderer Stelle formuliert er: „Der Wunsch nach einer multilateralen und rechtlich geregelten internationalen Ordnung verbindet sich mit der Hoffnung auf eine effektive Weltinnenpolitik im Rahmen reformierter Vereinter Nationen.“ Habermas schließt seinen Aufruf, der, wie oben erwähnt, Anstoß zu einer „Europa-Initiative“ einer Reihe europäischer Intellektueller war, mit den Worten: „So konnten (die europäischen Länder, die ihre Kolonialreiche und ihre Machtstellung verloren haben, d. Verf.) lernen, aus der Perspektive der Besiegten sich selbst in der zweifelhaften Rolle von Siegern wahrzunehmen (...). Das könnte die Abkehr vom Eurozentrismus befördert und die kantische Hoffnung auf eine Weltinnenpolitik beflügelt haben.“

3 x Weltinnenpolitik. Hier artikuliert sich (weit mehr als in nüchternen außen- u. sicherheitspolitischen Konzeptionen) die Weltsicht oder das Vorverständnis weiter Teile der oben angesprochenen Öffentlichkeit. In der Formel von der „Weltinnenpolitik“ drückt sich der Wunsch nach zivilgesellschaftlichen, von Recht und Gesetz bestimmten Lebensformen aus. Wo dennoch autorisierte Gewalt eingesetzt werden muss, soll dies durch polizeilichen Eingriff/Zugriff, nicht aber militärischen Angriff geschehen. In der Zielperspektive dieser Sichtweise sind Armeen abzuschaffen, nicht jedoch aufzurüsten. Wenn nun dennoch von gleicher Seite nach einer Stärkung der eigenen militärischen Fähigkeiten verlangt wird, um auf diesem Weg Europa als eigenständige Macht ins Spiel bringen zu können, so ist dies zwar einerseits ein begrüßenswerter realpolitischer Bewusstseinsreflex, andererseits jedoch ein offenkundiger Widerspruch zur „Grundmelodie“ der eigenen Vorstellungswelt.

Wer wäre berufener als Habermas, die von ihm angesprochene Öffentlichkeit mit ihrem hier thematisierten „Grundwiderspruch“ zu konfrontieren, um – ganz in seinem Sinn – eine Weiterentwicklung des innereuropäischen Diskurses über europäische Identität und Selbstbestimmung einschl. deren Vorbedingungen (also auch über Macht, Machtverlangen, Machterfordernisse und Machtvergessenheit) in Gang setzen zu helfen. Allerdings hätte sich dieser Diskurs auch der Argumente anderer Denkrichtungen und „Teilöffentlichkeiten“ (vgl. Abschnitt 4) anzunehmen, z.B. der Einschätzungen eines Tony Blair – etwa in den oben zitierten Inter-

viewauszügen (vgl. Abschnitt 9). Bisher mussten wiederum Amerikaner das Thema in Stellvertretung der Europäer aufwerfen. Robert Kagan ist mit „Macht und Ohnmacht“ nur einer derer, die im Rahmen der amerikanischen strategischen Debatte Anstöße gegeben haben.<sup>54)</sup> Und der viel gescholtene amerikanische Präsident hat durch seine wiederholten Forderungen an die Adresse der Europäer nach mehr materieller, investiver und politischer Eigenleistung gleichfalls deutlicher die Stimme gehoben als es die Europäer selbst taten.

Doch spätestens hier blockiert die „kritische“ europäische Öffentlichkeit! Auch Habermas, der in seinen Beiträgen verdienstvoll viele Aspekte des Themas der europäischen Identitätsfindung anspricht, kommt zu schnell auf das fertige Ergebnis, den Endzustand einer (versteht sich: europäisch mitbestimmten) Weltinnenpolitik, zu sprechen. Der steinige Weg dorthin, der auch praktisches Handeln einzuschließen haben wird und die Überwindung vieler Attitüden innerhalb der europäischen Öffentlichkeit(en) verlangt, wird in seiner Qualität als schmerzlicher Umlernprozess und Transformationsprozess, wenn nicht ausgeblendet, so doch unzureichend markiert. Viel zu wenig werden die Imperative machtförmiger Realpolitik gewürdigt und zu schnell wird immer wieder die Denkfigur einer einigenden „Weltinnenpolitik“ übergestülpt. Eine Selbstvergewisserung erfolgt schließlich noch durch eine nonchalante Vereinnahmung<sup>55)</sup> des königsberger Philosophen im letzten der zitierten Habermas'schen Sätze.

## **11) Europa: Handlungen und Einsichten – Empfehlungen zur Reihenfolge**

Außenpolitik, so wird man sagen, sollte von Einsichten geleitet sein, d. h. sie gehen den Handlungen vor. Umgekehrt können aus Handlungen Einsichten gewonnen werden, d. h. sie folgen nach. Die deutsche Politik vollzieht viele Einsichten erst, indem sie in internationale Handlungsverläufe und -zwänge eingebunden ist. So wollte sie zunächst keine größere Verantwortung in Afghanistan übernehmen. Vor wenigen Jahren wäre in den Parteien, die die jetzige Regierung stellen, eine Zustimmung zum „out of area“-Einsatz deutscher Truppen noch völlig undenkbar gewesen. Es ist also nicht falsch zu sagen, dass Einsichten sich oft eher einem Handeln als einem „Diskurs“ verdanken. Ein deutliches Beispiel dafür liefert auch die derzeitige Reformdebatte. Indem die Reformagenda präsentiert wird, erkennen große Teile der Öffentlichkeit und der eigenen Parteibasis erst

die Unausweichlichkeit von „Einschnitten“. Das „Handeln-müssen“ war gleichsam „über die Regierung gekommen“ und jetzt – nach und nach – kehrt auch die Einsicht ein; der zwanzig Jahre währende „Diskurs“ zum selben Thema fiel dagegen auf taube Ohren.

Mehr als wir Deutsche und die meisten Europäer standen und stehen in Krisengebieten die Amerikaner unter internationalem Handlungsdruck, z.B. in Nahost. Eine kontemplative Haltung, wie wir sie zu vielen internationalen Entwicklungen (oftmals besserwisserisch) zeigten, konnten oder wollten sie nicht einnehmen. Wir neigen bisher zur Annahme, dass wir durch unseren Abstand – und aufgrund historischer Erfahrung, die gern reklamiert wird<sup>56)</sup> – größere Einsicht besäßen. Vielleicht ist es aber auch so, dass die Handelnden die zutreffenderen Einsichten gewinnen konnten – zumal im interessierten Teil der amerikanischen Öffentlichkeit eine einhergehende strategische Debatte geführt wird, bei der gewonnene Erfahrung verarbeitet werden kann.<sup>57)</sup>

Die Europäer werden viel Handlungsbereitschaft (Gestaltungswillen) zeigen müssen: für innere Reformen in ihren Ländern und das weitere Zusammenwachsen sowie zur Übernahme vermehrter internationaler Mitverantwortung. Handlungsbereitschaft und -fähigkeit, die Europa erst nachweisen muss, sind auf amerikanischer Seite z.Z. vorhanden. Mit der Handlungsfähigkeit ist auch der Diskursfähigkeit gedient, da den Worten Nachdruck verliehen werden kann. Wollte sich Europa bei internationalen Konflikten mangels Fähigkeiten seinerseits nur auf Diskurse verlassen, so wird – bei ausbleibender Wirkung – der transatlantische Partner allein die Tatkraft, die für ordnungs- u. sicherheitspolitische Gestaltungsakte unerlässlich ist, aufbringen müssen. Ordrender Einfluss wird jedenfalls nach aller Erfahrung immer wieder erforderlich sein.

Die „Erklärung der Acht“ nannte dafür zwei Beispiele: Die Überwindung der Nazi-Herrschaft und des Kommunismus. Beispiele aus den letzten Jahren sind u.a. der Balkan, Afghanistan, der Irak (als Ausplünderungs- und Drangsalierungsobjekt Saddams), Zentralafrika. In der Bewältigung des Schlimmsten und in der Grundlegung des Guten kann die amerikanische Politik – bei einer insgesamt gemischten Bilanz – eine Anzahl bedeutender Erfolgsbeispiele präsentieren.<sup>58)</sup> Ihr höchster Repräsentant fand bei seinem Besuch in Polen im früheren deutschen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ausdrucks- und demutsvolle Worte – gerade auch durch das verwendete schlichte Sprachbild: „Dies ist eine ernüch-

ternde Erinnerung an die Macht des Bösen<sup>59)</sup> und die Notwendigkeit, dem Bösen zu widerstehen.“<sup>60)</sup>

Europa kann sich heute in freiem Diskurs selbst gestalten und in seinem Einflussbereich dahin wirken, dass Auschwitz nicht noch einmal sei.<sup>61)</sup> Der Dank an die transatlantische Ordnungsmacht wäre am besten dadurch ausgesprochen, dass man hierorts die Voraussetzungen schafft, um europäischerseits Fähigkeiten vorhalten zu können, die in der internationalen Politik positive Impulse zu setzen und destruktiver Macht entgegen zu wirken vermögen – mit diskursiver „weicher Macht“ (J. Habermas), aber, wo nötig, auch mit „robuster“ Macht (J. Solana),<sup>62)</sup> gemäß der gebotenen Eskalationsstufe. Unterstützend, reparierend, aber auch präventiv sollte Einfluss geltend gemacht werden können. Dies erfordert innere Entwicklung und Stärke in Europa und die dafür nötigen politischen, wirtschaftlichen sowie geistigen Weichenstellungen. Im Blick auf die Idee und Chance von Entwicklung nach innen und außen entstand – wie wohl ähnlich bei Habermas<sup>63)</sup> – der Plan zur Verschriftlichung des Gedankens.

## 12) Einsichten und Fragen – Zusammenfassung Teil 2

Durch die Erfahrung ihrer Zerstrittenheit in der Irak-Frage hat das Nachdenken der Europäer über die Grundrichtung ihrer Politik und ihre Rolle in der Welt einen erneuten Schub erhalten. Der nun belebte Diskurs zur Frage europäischer Identität ist zu begrüßen. Um aus der Unverbindlichkeit heraus zu treten, muss er mit realpolitischem Bezug geführt werden und auch die Verbindung zur strategischen Debatte suchen. Eine ängstliche Selbstghettoisierung in Teilöffentlichkeiten und eine von den realen (d.h. limitierten) Handlungsspielräumen Europas absehende Diskussion wären kaum geeignet, den innereuropäischen Klärungs- und Selbstfindungsprozess – die Identitätsbildung – zu befördern. Unprofessionelles Politikverhalten, wie es bei der Behandlung der Irak-Frage zu beobachten war, würde ohne das Korrektiv öffentlicher Diskurse nur unterstützt. Wenn Europa in weltpolitischen Fragen gehört werden will, sozusagen „online“ sein möchte, werden Einsichten notwendig sein.<sup>64)</sup>

Die Streitigkeiten beim Irak-Thema haben tief liegende innereuropäische außen- und sicherheitspolitische Interessengegensätze offenbar werden lassen. Jürgen Habermas – auf dessen jüngste Beiträge in kritischer Absicht Bezug genommen wird – „streift“ diesen Tatbestand, indem er auf das Verhalten „der Acht“, nicht aber auf die „Erklärung der Acht“ eingeht. Acht europäische Staats- und Regierungschefs hatten Ende Januar eine

gemeinsame Erklärung der erstaunten Öffentlichkeit über die Presse zu-  
gespielt, in der sie einen engen Schulterschluss Europas mit den USA in  
der Irak-Krise forderten. Das Vorgehen der „Acht“ – außerhalb z.B. der  
etablierten Strukturen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik  
(GASP) – warf ein bezeichnendes Licht auf die tiefe Spaltung Europas  
in der Frage der Gewichtung des transatlantischen Verhältnisses. Zuvor  
hatte sich bereits der Bundeskanzler ohne Rücksprache unilateral erklärt  
und es hatte sich eine Sondergemeinschaft innerhalb der Gemeinschaft  
zwischen Schröder und Chirac gebildet. Man war also innerhalb Europas  
„offline“ und „multipolar“. Habermas missbilligt das Verhalten der Acht; ob  
an die Chefs in Berlin und Paris gleiche Maßstäbe anzulegen sind, sagt  
er nicht. Kann er dennoch so verstanden werden, dass ein von Anfang an  
„online“ geführter Diskurs der bessere Weg gewesen wäre, um so durch  
geschlossenes Auftreten Europa mehr Gewicht gegenüber Washington  
als auch gegenüber Bagdad zu geben? Allerdings hätte dies bedeutet,  
dass die Position in der Irak-Frage nicht schon „apriorisch“ festgelegt ist,  
also auch die Position der „Kriegswilligen“, wie Habermas sie bezeichnet,  
gemeinsame Haltung der Regierungen hätte werden dürfen und können  
(und dann für Frankreich im UN-Sicherheitsrat bindend gewesen wäre).  
Das Fallbeispiel ist geeignet, die Schwierigkeiten der Entwicklung einer  
gemeinsamen europäischen Linie zu verdeutlichen.

Dass eine solche gemeinsame Linie notwendig oder jedenfalls von Vorteil  
sei, ist immer wieder allseits erklärt worden. Wichtige Vorbedingungen für  
die Geltendmachung europäischen Einflusses in der internationalen Politik  
sind in den zwölf Abschnitten dieser Denkschrift erläutert worden. Europas  
künftige Rolle wird sehr von seiner wirtschaftlichen Entwicklung abhängen,  
diese wiederum von seiner Reformfähigkeit. Der Einfluss Europas in der  
Weltpolitik wird von seiner Politikfähigkeit abhängen, also dem Realismus  
und der Zugkräftigkeit seiner politischen und wirtschaftlichen Konzepte,  
den diplomatischen Ressourcen, den strategischen und militärischen Fä-  
higkeiten, dem Reifegrad der öffentlichen Diskussion. Sein Einfluss wird  
nicht weiter reichen als sein Einsatz, da Einfluss zu wollen auch heißt, die  
Mittel der Macht zu organisieren. Erst das Handeln, wirtschafts- und re-  
formpolitisch, macht den Weg frei für Wachstumskräfte und Zuversicht.  
Außen- und sicherheitspolitisch muss eine globalpolitische und realpoliti-  
sche Sicht dominieren – beides verlangt eine transatlantische Perspekti-  
ve.<sup>65)</sup> Antiatlantische Abwehrschlachten sind nur ein Teil der retardieren-  
den Kräfte im historisch durchfurchten Landstrich zwischen Großem Teich,  
mediterranem Becken und der gemeinsam zu findenden Ostgrenze.<sup>66)</sup>

## **Die Widmung betreffend**

In Erinnerung der Großväter, die Ihren Familien liebevoll zugetan waren und in damals schwieriger Zeit für den Lebensvollzug sowohl Orientierung suchten wie auch gaben, und in Anbetracht der eigenen Töchter, die ins Erwachsenenalter gestartet sind und als Teil ihrer Generation in ein entweder zukunftsfähiges oder weniger zukunftsfähiges Europa vernetzt sein werden, sprich: mit Weitwinkelperspektive über mehr als ein Jahrhundert (das für Europa ohne ein transatlantisches Korrektiv nicht nur wiederholt ins Chaos geführt, sondern darin geendet hätte) stellt sich bei solchem Dafürhalten die Frage der Entwicklung wie folgt: Besitzt und mobilisiert Europa die Weisheit und Kraft zu konzertierter Aktion, und zwar sowohl im eigenen Territorium als auch im transatlantischen Verhältnis? Dazu wird innere Besinnung ebenso nötig sein wie äußeres Handeln, dies jedoch in realistischer Einschätzung der Handlungsspielräume und der Möglichkeiten, sie zu nutzen.

## **Anmerkungen**

**Anm. 1:** J. Fischer im Interview mit Gunter Hofmann und Bernd Ulrich, in: „Europa ist eine echte Macht“, Die Zeit v. 8.5.03, Politik, S. 3

**Anm. 2:** Vgl. u.a. Nato-Generalsekretär Robertson: „In Zukunft wird der Zusammenhang von Massenvernichtungswaffen und Terrorismus das größte Potenzial für Katastrophen darstellen.“, zit. n. Focus 10/03. In dem vom Hohen Beauftragten für die EU-Außenpolitik, Javier Solana, vorgelegten Entwurf eines neuen Sicherheitskonzepts werden Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen als „das schrecken-erregendste Szenario“ gewertet.

**Anm. 3:** Dort, wo Völkerrecht Menschenrechtsverletzungen (auch solche großen Stils) unter Schutz stellt, weil ein rettender Eingriff von außerhalb der Landesgrenzen ein Verstoß gegen geltendes Völkerrecht wäre, muss sich das Völkerrecht in seinen Grundannahmen der Kritik und wohl auch einer Revision (od. Teilrevision) unterziehen; denn Legitimität kann nicht allein aus „Konstruktionsprinzipien“ (z.B. Unverletzlichkeit von Grenzen, Souveränität von Staaten) gewonnen werden, sondern schöpft auch aus dem Rückbezug auf Postulate der Humanität. Wie nicht verkannt werden kann, „hat staatliche Souveränität in beträchtlichen Teilen der Welt zur Folge, dass Menschenrechtsverletzungen nicht selten katastrophalen Ausmaßes ungesühnt bleiben. Denn in dem vorherrschenden völker-

rechtlichen Verständnis stellt die Souveränität der Staaten in ihrem Verhältnis zueinander durch das Gebot der Nichteinmischung bedingt noch immer eine absolute Größe dar und gilt als *legibus solutus* (selber nicht unter dem Gesetz stehend); gewissermaßen als säkularisierte Fassung des berüchtigten Grundsatzes *cuius regio eius religio*.“ Erich E. Geissler, „Souveränität und Menschenrechte“, in: Forum für Kultur, Politik und Zeitgeschichte, MUT-Verlag, Nr. 431, 7/03, S. 54. Selbstkritisch muss an dieser Stelle der Bogen auch zur Rolle der Vereinten Nationen in den gut fünf Jahrzehnten ihres Bestehens gezogen werden: „Brutal geführte innenpolitische kriegerische Konflikte bleiben ungesühnt, weil die Vereinten Nationen keine Handhabe besitzen, den von absolutistischer Staatssouveränität gedeckten Menschenrechtsverletzungen wirksam entgegenzutreten.“ Geissler, ebenda, S. 55.

**Anm. 4:** „Was bedeutet der Denkmalsturz?“, FAZ v. 17.4.03, S. 33

**Anm. 5:** Vgl. **Anhang 2g), Anhang 3f/h), Anhang 4)**

**Anm. 6:** Ulrich K. Preuß, „Die UNeinigen Weltrichter“, in: Die Zeit v. 28.5.03. Der Beitrag ist Teil einer Serie von Stellungnahmen im Zusammenhang der Irak-Erfahrung. Die Serie ist insgesamt eine Diskussionshilfe zur Aufarbeitung des Themas in einer breiteren Öffentlichkeit. Anknüpfend an die zitierte Textstelle von Preuß soll noch auf den Beitrag von M. Glennon, „Der Traum“, in: FAZ v. 25.6.03, hingewiesen werden, der als „Pflichtlektüre“ gelten kann, wenn Realitätsbezug gesucht wird. Glennon ist Professor an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University, Medford, Massachusetts. Die einleitenden Sätze seines Beitrags: „Im Staatensystem gibt es kein Recht, das Gewalt unterwirft. Dieses Ideal steht nur auf dem Papier von Absichtserklärungen. Mit wirklichen Absichten verbindet sie wenig. Die Vereinigten Staaten haben dieses Problem nicht verursacht, müssen aber als 'Hypermacht' damit umgehen – wie alle anderen Länder auch.“

**Anm. 7:** „Frieden ist ein relativer Begriff“, Welt am Sonntag v. 4.5.03, Zeitgeschehen, S. 11

**Anm. 8:** Wenn US-Verteidigungsminister D. Rumsfeld nicht vom „alten Europa“, sondern vom „bequemen Europa“ gesprochen hätte, erkennbar daran, dass Europa sicherheitspolitische Verantwortung und militärische Lasten auf die USA abwälzt, aber an den Erfolgen des amerikanischen Handelns teilhat, hätte man ihm kaum widersprechen können.

**Anm. 9:** Die Auseinandersetzung mit dem Thema hat sich kritisch mit beiden Seiten – der amerikanischen ebenso wie der europäischen – auseinander zu setzen. In seiner Einführungsrede, die er anlässlich der Einrichtung einer – auf seinen Namen lautenden – Professur an der John Hopkins Universität in Washington D.C. Ende April 2003 hielt, richtete sich Richard von Weizsäcker an beide Seiten: „We will have to address broader world challenges linked to the question whether our nations still understand and accept their common global responsibilities.“ Nach Ausführungen hierzu, auch unter kritischer Bezugnahme auf die neue amerikanische Sicherheitsstrategie, ruft er zu „nüchterner“ Betrachtung auch gerade von europäischer Seite auf: „We should look soberly at facts, in the first place at American power supremacy which will stay with us for the foreseeable future. (...) We were looking for peace dividends. We created a common currency. But we remained a civil power instead of increasing our credibility by supporting our foreign policy interests with substantial defense investments. Finally, the Iraq crisis unveiled in the most drastic way the lack of a common foreign policy. (...) In Europe we have to understand and to learn that international law is always on the move. It has to be reformed, adjusted to new developments and threats but in order to rejuvenate and to be strengthened, not to be neglected. It is to the Americans that we owe almost all the decisive progress and benefits of international law in the post-war period. The weak ones can not live without being protected by the law. The powerful ones can not achieve credibility without respecting the law. And democracies serve their interests by nothing more than by credibility, irrespective of their power.“ **Anhang 2g)** enthält eine Wiedergabe zentraler Passagen der US-Sicherheitsstrategie mit Bezug zur Frage des Völkerrechts. Vgl. diesbezüglich auch Unterabschnitte **c)** bis **f)** in Anhang 2

**Anm. 10:** Die Presse war sich in diesem Punkt weitgehend einig. Stellvertretend sei hier aus der Süddeutsche Zeitung zitiert. „Die Macht der Fakten. Mit der neuen UN-Resolution legitimieren die Kriegsgegner im Nachhinein die Besetzung des Irak“, 23.5.03: „... Wer ist der Gewinner im diplomatischen Poker? Bei näherem Hinsehen haben die Amerikaner kaum mehr als nur kosmetische Änderungen an ihrem ursprünglichen Resolutionsentwurf akzeptiert. Diese bieten freilich nun den Kriegsgegnern Gelegenheit, ihr Gesicht zu wahren. De facto werden aber USA und Großbritannien als Besatzungsmächte bis zur Bildung einer legitimen Regierung im Irak anerkannt. Zwar soll sich der Sicherheitsrat in zwölf Monaten noch einmal mit der Umsetzung der Resolution beschäftigen und ge-

gebenenfalls weitere Schritte einleiten, doch eine Rechenschaftslegung der Besatzer gegenüber dem UN-Gremium gibt es nicht. Ebenso haben die USA eine Gleichstellung des UN-Beauftragten mit dem US-Chef der Besatzungsbehörde strikt abgelehnt. Insofern kommt die Zustimmung im Weltsicherheitsrat also durchaus einem Kniefall vor der US-Regierung gleich.“ Andreas Oldag

**Anm. 11:** In diesem Punkt kompromisslos am Sachverhalt orientiert erscheint die Haltung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Lieberman, der nicht zögerte, kritische Anmerkungen aus der eigenen Partei, die als Grundsatzkritik am Einmarsch aufgefasst werden konnten, mit den Worten zu kontern, „some in my party are sending out a message that they don't know a just war when they see it.“ In: Washington Post: „Lieberman: Bush Mishandled Postwar Iraq“, AP-Meldung v. 28.7.03

**Anm. 12:** Stellvertretend für die nachträgliche Beurteilung sei auf den Beitrag von Michael R. Gordon, „Weapons of Mass Confusion“, in: New York Times v. 1.8.03, verwiesen: Gordon setzt sich mit den Übertreibungen, einseitigen Interpretationen und Fehlinterpretationen der Regierung auseinander, stellt aber andererseits klar, „... it is important to note that the dominant view within the American intelligence community was that Iraq in fact had stocks of poison gas, was continuing its effort to make germ weapons and desired to become a nuclear power. This was not a view that was intended only for public consumption. It was a strongly held assessment within the American military community.“ **Anhang 1** enthält Aussagen des CIA-Chefs zur geheimdienstlichen Quellenlage.

**Anm. 13:** Vgl. Hans Leyendecker, „Schmutz in der sauberen Quelle“, in: Süddeutsche Zeitung v. 29.7.03: „Ein paar Wochen bevor er sich das Leben nahm, war er noch einmal im Irak. Gesprächspartner Kellys berichteten der Süddeutschen Zeitung, der Wissenschaftler, der für Horror-szenarien nicht zu haben war, sei überzeugt gewesen, dass Saddam zumindest chemische Waffen und vermutlich auch einige biologische Waffen versteckt habe. Man müsse nur richtig suchen.“

**Anm. 14:** Gunter Hofmann, „Im Einklang mit dem Rest der Welt. Das alte Europa kann sein Denken besser exportieren als die USA – eine Herausforderung für Amerika“, in: Die Zeit v. 10.4.03

**Anm. 15:** Wolfgang Schäuble z.B. greift diese Bezeichnungsweise auf: „Statt die Risse im Atlantischen Bündnis und innerhalb Europas zu kit-

ten, wird mit diesem ‚Pralinengipfel‘ mutwillig Salz in die Wunden gestreut.“ Welt am Sonntag, „Ein peinlicher Pralinen-Gipfel“, 27.4.03. Vgl. auch die an gleicher Stelle gegebene Darstellung zu den hinführenden Ereignissen: Herbert Kremp, „Auf dem Abstellgleis. Das Scheitern der deutschen Außenpolitik ist eine Folge mangelnder Voraussicht und verwegener Selbstüberschätzung – Der Vierergipfel nächsten Dienstag in Brüssel gleicht einem Irrweg Schröders und Fischers ins politische Niemandsland.“ Zum Kurs Frankreichs in der Irak-Auseinandersetzung schreibt Kremp: „... allein hätte Chirac den ‚Waldgang‘ nicht gewagt. Die wahren Antreiber der seitenverkehrten Achsen-Politik waren die Deutschen.“ Für die zeitgeschichtliche Bewertung dürfte die Frage der Qualität des angesprochenen Kausalzusammenhangs allerhöchste Bedeutung haben.

**Anm. 16:** Gunter Hofmann, „Im Einklang mit ...“, a.a.O. (vgl. Anm. 14)

**Anm. 17:** „Der Hinweis, dass die Europäer im Vergleich zu den USA über unzureichende militärische Kapazitäten für eine gleichberechtigte Kooperation verfügen, ist mittlerweile Allgemeingut. Durch ein zunehmendes Auseinanderklaffen in den technischen Fähigkeiten besteht die Gefahr, dass amerikanische und europäische Streitkräfte zukünftig wegen fehlender Kompatibilität selbst innerhalb der NATO überhaupt nicht mehr kooperieren können ...“, resümiert Stefan Boës. „Um kooperationsfähig mit den USA zu sein, wird sich Europa also in entscheidenden Bereichen verbessern müssen. Allerdings muss dies auf eine intelligente Weise geschehen. Die Duplizierung sämtlicher amerikanischer Fähigkeiten wäre nicht sinnvoll (...). Dagegen existieren etwa im Bereich der Randmeerkriegsführung europäische Fähigkeiten, die eine Lücke im amerikanischen Fähigkeitsspektrum ausfüllen könnten.“ Stefan Axel Boës, „Seemacht und Europa. Maritime Interessen der Europäischen Union“, in: MarineForum. Zeitschrift für maritime Fragen, Nr. 7/8, Jg. 2003, S. 9-11

**Anm. 18:** Mit dem Wort „eingebettet“ wird bewusst auf die Situation der zugelassenen Kriegsberichterstatter während des Irak-Feldzugs angespielt. Um eigenständige Operationen durchzuführen, müsste Europa im Bereich der „intentions“ (vor allem beim politischen Willen) wie auch im Bereich der „capabilities“ (militärische und logistische Fähigkeiten) deutliche und dauerhafte Schritte tun. Die Bemühungen konzentrieren sich jedoch auf defensive haushaltspolitische Maßnahmen einschließl. einer Umgruppierung von Mitteln. Die Streitkräftekonzeption muss sich

angesichts dieses Umstands stets zunächst am (engen) Budgetrahmen orientieren. Unter der – in der Tendenz auszehrenden – limitierenden Vorgabe entstehen dennoch sinnvolle Konzepte, aber eben als „Teilfähigkeiten“, z.B. „littoral warfare“, d.h. Entwicklung küstennaher und küstenbezogener militärischer Fähigkeiten (vgl. Anm. 17).

**Anm. 19:** Unterzeichnet haben: Tony Blair (Großbritannien), Silvio Berlusconi (Italien), José María Aznar (Spanien), José Manuel D. Barroso (Portugal), Péter Medgyessy (Ungarn), Leszek Miller (Polen), Václav Havel (Tschechien), Anders Fogh Rasmussen (Dänemark). Abdruck der Erklärung der Acht z.B. in: Frankf. Allg. Ztg. v. 31.1.03. In einem Kommentar vom selben Tag (erschieden am 1.2.03, Frankf. Allg. Ztg., Zeitgeschehen, S.10, in: „Aktenkundig. Die Erklärung der Acht offenbart die Grenzen ‚europäischer‘ Außenpolitik“, v. Horst Bacia) heißt es: „Wie die von Bundeskanzler Schröder auf einer Wahlkampfveranstaltung verkündete Festlegung auf das Abstimmungsverhalten Deutschlands in den Vereinigten Nationen gilt auch die Initiative von Ministerpräsident Aznar und Premierminister Blair nicht gerade als ein Beweis hoher Staatskunst. Schröder wird sein Vorpreschen gleichsam mit gleicher Münze heimgezahlt.“

**Anm. 20:** Die Mitglieder der – vor zwei Jahren konstituierten – Vilnius-Gruppe sind: Albanien, Bulgarien, Kroatien, die baltischen Republiken, Mazedonien, Rumänien, Slowakei, Slowenien. Nicht nur seitens der Regierungen dieser Länder, sondern auch in der dortigen Öffentlichkeit war man kritisch gegen die deutsche und französische Politik eingestellt. Die rumänische Zeitung „Ziarul de Iasi“ kommentierte die Situation in einem Beitrag vom 26.2.03 wie folgt, hier gemäß Zusammenfassung der Frankf. Allg. Ztg. v. 1.3.03: „Im Konflikt um den Irak zeichneten sich die Konturen einer neuen Ordnung ab, in der sich ein deutsch-französisches Kerneuropa als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten russischer Unterstützung versichere (...) Die mittel- und osteuropäischen Länder befänden sich in dem Dilemma, sich entweder für ihre Sicherheit zu entscheiden, die allein die Amerikaner geben könnten, oder wieder die Protektion Russlands zu akzeptieren – ‚diesmal innerhalb der europäischen institutionellen Struktur‘ (wörtliches Zitat)“.

**Anm. 21:** Mit dem Blick auf die Mittel- u. Osteuropäer ließ der französische Staatspräsident erbost wissen: Wer ohne vorherige Absprache mit den EU-Partnern auf die amerikanische Linie einschwenke, lege „kein sehr verantwortliches Verhalten“ an den Tag. Weiter ließ er sich

über „mangelnde Gewissenhaftigkeit“ und sogar „eine nicht sehr gute Erziehung“ aus. Wenig rühmlich war insbesondere die Äußerung: „Ich glaube, sie haben eine gute Gelegenheit versäumt zu schweigen.“ In: „Schützenhilfe für EU-Gegner“, Zeitgeschehen, S. 12, Frankf. Allg. Ztg. v. 21.2.03, kommentiert Reinhard Veser: „Nach Chiracs Tirade, die von seiner Verteidigungsministerin tags darauf ausgerechnet in Warschau wiederholt wurde, wird es für die EU-Befürworter schwierig, die große Gruppe der Unsicheren davon zu überzeugen, daß für die Osteuropäer in Brüssel nicht nur Plätze in der zweiten Klasse vorgesehen sind.“ „Chiracs Worte werden – Veser zitiert aus der litauische Tageszeitung ‚Lietuvos Rytas‘ – so verstanden, dass die Osteuropäer ‚stimmlose Vasallen von Paris und Berlin‘ werden sollten, ...“ Ein weiteres Verhalten Frankreichs sei zudem noch in frischer Erinnerung: „In Warschau und Vilnius hat man nicht vergessen, dass Chirac während des Streits über den Transit zwischen Russland und der russischen Exklave Kaliningrad durch Polen und Litauen die russische Position unterstützt und damit elementaren Interessen dieser beiden Länder geschadet hat.“

**Anm. 22:** Karl-Peter Schwarz, in: „Wie Kredit verspielt wird“, Frankf. Allg. Ztg. v. 24.2.03, S.1: „Die Staaten in Mittel- und Südosteuropa empfinden es als Zumutung, dass ihnen jetzt, da ihre Integration in ein geeintes, mit Amerika verbündetes Europa zum Greifen nahe schien, neuerlich Parteinahme abverlangt wird – und das in einem imperialen Ton.“

**Anm. 23:** Politik kann voller Überraschungen sein. Mit dem Fehltritt eines deutschen Sonderwegs hatte vor dem Marktplatzauftritt Schröders wohl niemand gerechnet. Unverhofft kam auch die plötzliche Nähe zwischen Berlin und Moskau und Berlin und Paris. Sie stärkte Schröder den Rücken, aber es bestand offenbar auch ein starkes Interesse seitens Chiracs und Putins an einem Zusammengehen. Ein – man könnte sagen – etwas kurioses Bild entstand, da Deutschland als bisher größter Nutznießer des atlantischen Bündnisses nun gegen seine bisherige Schutzmacht vom früheren Bündnisgegner unterstützt wurde. Pendelverhalten ist eine ebenso zwangsläufige wie problematische Folge bei Versuchen, einen deutschen Sonderweg einzuschlagen. Hierzu eine historische Reminiszenz: Das jüngste Zusammenrücken mit Russland lässt an den Rapallo-Vertrag von 1922 denken, als aus einem Zustand der Schwäche und Isoliertheit beide Staaten, ungeachtet des Gegensatzes, in dem sie gesellschafts- bzw. ordnungspolitisch standen, die Zusammenarbeit suchten. Sie erkannten darin für sich eine Chance, ihre

Isolation zu durchbrechen sowie auf vereinbarten Kooperationsfeldern gegen die westlichen Mächte Boden gut zu machen. Ein Vergleich im Detail ist hier nicht beabsichtigt und wäre auch verfehlt: so wurden damals u.a. Rüstungsprojekte vereinbart und betrieben. Eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Russland auf diesem Gebiet wurde aber im Kontext der Annäherung der vergangenen Monate voran gebracht.

**Anm. 24:** DIE ZEIT persifliert: „Versuche, die Verteilungswirkungen des deutschen Sozialstaates zu ermitteln, sind bisher noch immer gescheitert. Zwei Bundestags-Enquete-Kommissionen gaben nach einigen Versuchen resigniert auf. Sicher ist immerhin, dass in großem Umfang die Mittelschicht Leistungen für die Mittelschicht bezahlt.“  
In: „Die Feigheit der Flickschuster“, Elisabeth Niejahr, 15.5.03

**Anm. 25:** Mit berechtigter beißender Kritik verdeutlicht ZEIT-Herausgeber Josef Joffe die Blockaden im deutschen Wirtschaftssystem, u.a. in: „Deutschland, einig Klüngelland“, Die Zeit 11/2002, Teil 1 einer Serie kritischer Beiträge zum Thema „Agenda Deutschland“. Keineswegs überspitzt erscheint auch sein folgendes bildhaftes Resümee: „Endlos variiert lautet die Botschaft: Es geht eben nicht so weiter wie bisher. Dabei wussten und konnten es die Deutschen vor einem halben Jahrhundert viel besser. Da konnten sie sich mit fantastischem Wachstum brüsten, da haben sie in Windeseile ein zerstörtes Land wieder aufgebaut. Warum? Weil sie Glück im Unglück hatten. Weil nach zwei Weltkriegen und zwei Währungsreformen (1923 und 1948) das unterste zu oberst gekehrt worden war, weil alte Besitzstände und Machtstrukturen umgepflügt worden waren. Der Boden bestand aus gelockertem Humus, nicht aus gegossenem Beton. Doch je reicher und erfolgreicher die Deutschen, desto zittriger klammerten sie sich an ihre Besitzstände, desto mehr riefen sie nach ‚Berechenbarkeit‘, staatlicher Fürsorge und kollektiver Absicherung.“

**Anm. 26:** [vgl. auch Abschnitt 5: „Erinnerung an morgen“; dort wird der wirtschaftspolitische Gesichtspunkt pointiert nochmals aufgenommen] Die Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung haben bei der Aufzählung unveräußerlicher Menschenrechte auch das Streben nach Glück – „pursuit of Happiness“ – genannt. Dies muss kein Widerspruch zur Aussage sein, dass das Leistungsprinzip eine Richtschnur bildet, im Gegenteil, es kann eine Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels, individuell und gesellschaftlich, sein. Europäische Deklamationen von Verfassungsrang bekennen sich nicht in gleicher Klarheit zum Glücksstreben des Souveräns und einzelner Menschen. Das ausgeprägte Besitzstands-

u. Interessendenken in unserem Land, die international kürzeste Lebensarbeitszeit, Reiselust, Heimwerkerei und anderes mehr – ebenso wie die Programmatiken von Parteien und Regierungen zur „Ausgestaltung des Sozialstaats“ und „Gegen Sozialabbau“ etc. – sind nichts weniger als der versteckte oder sichtbare Hinweis auf das Streben nach Glück. Vielleicht könnte ein offeneres Eingeständnis helfen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die zugrunde liegenden Programmatiken danach zu durchleuchten, ob sie geeignet sind, ihren Zweck – Glück zu ermöglichen – auch tatsächlich zu erfüllen.

**Anm. 27:** Es ist zu begrüßen, wenn militärischer Sachverstand in viel gelesenen Medien ein Forum erhält, so z.B. „Wendepunkt Golfkrieg II“, Gen. a.D. Klaus Naumann, Die Welt v. 6.5.03; „Luft und Boden“, Gen. a.D. Dr. Klaus Reinhardt (1999 – 2000 Oberbefehlshaber der internationalen Friedenstruppen im Kosovo), Frankf. Allg. Ztg. v. 28.4.03; „Neue Abschreckung. Der Irak-Krieg verändert die Sicherheitspolitik – bis nach China“, Nikolas Busse, Frankf. Allg. Ztg. v. 4.6.03. Eine der Aussagen General Naumanns: „Nahezu alle Europäer, Schweden ausgenommen, planen Streitkräfte des 20. Jahrhunderts. Sie sollten deshalb diesen Krieg gründlich analysieren.“ Zitat Busse: „Marschall Burrige, der britische Oberbefehlshaber im Irak, hat vorhergesagt, daß Strategen und Militärhistoriker den Krieg zum Sturz Saddam Husseins noch viele Jahre studieren werden. Tatsächlich stellte der Feldzug einen Einschnitt in der jüngeren Kriegsführung dar ...“

**Anm. 28:** Joseph S. Nye, im Jahr 1990: Bound to Lead; im Jahr 2002: The Paradox of American Power, Das Paradox der Macht Amerikas, versehen mit dem Untertitel: Warum die einzige Supermacht der Welt es alleine nicht schafft“. In einem Interview mit Klaus-Dieter Frankenberger äußerte sich Nye zur Frage, wie er die Haltung der Bundesregierung beurteile: „Die hat mich allerdings sehr überrascht. Deutschland hat seine Politik in der Vergangenheit ja immer auf zwei Beine gestellt: auf ein atlantisches und auf ein europäisches. Die Regierung Schröder hat im vergangenen Jahr offenkundig entschieden, das eine Bein wegzuhauen. Das ist neu. Ich hoffe nicht, daß es dabei bleibt.“, in: „Fragen an Joseph Nye“, Frankf. Allg. Ztg. v. 23.4.03, Politik, S. 5

**Anm. 29:** Francis Fukuyama, „The End of History?“, in: „The National Interest“, 1989 (später erweitert als Buch erschienen); Samuel P. Huntington, „The Clash of Civilizations?“, in: „Foreign Affairs“, 1993. Huntington vertrat die Auffassung, dass die Auseinandersetzungen auf der

Welt zunehmend durch den Konflikt zwischen gegensätzlichen Kulturen (einschl. deren religiöser Grundlagen) geprägt sein würde.

**Anm. 30:** Charles A. Kupchan deutet die Axiomatik der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik so, dass Europa als potenzieller Gegenspieler gesehen wird sowie auch im Grundverständnis der Politik, z.B. in der Frage des Einsatzes von Krieg als Mittel der Politik, d.h. „in der Auffassung und Ausübung von Macht“, wachsende Unterschiede zwischen Amerika und Europa zu einer Entfremdung führen und geführt haben. Robert Kagan verfolgt mit seinem Buch „Macht und Ohnmacht“, 2003, die wie folgt beschriebene Absicht: „Wenn Sie die Wahrheit wissen wollen – ich wollte beiden Seiten einen Spiegel vorhalten und sagen: So sieht euch der andere (...) Mit großen Anstrengungen wurde über die Unterschiede hinwegtapeziert und so getan, als wären wir nicht anderer Meinung über das Fundamentale. Es wäre besser, wenn Europäer und Amerikaner sich mit den Unterschieden konfrontieren.“ Nach Kagans Beobachtung sei in Europa die Ansicht vorherrschend, dass man „sich von der Macht entfernen“ müsse. Für Amerikaner sei dagegen die Macht ihres Landes „der kritische Faktor, um den menschlichen Fortschritt zu beschleunigen. Das ist die amerikanische Sicht. Und das ist auch meine Sicht.“

**Anm. 31:** George F. Kennan, Walter Lippman, Robert Strausz-Hupé; letzterer veröffentlichte 1942 das für die Theorie- und Begriffsbildung in der amerikanischen Außenpolitik prägend wirkende Buch „Geopolitics. The Struggle for Space and Power“; nach dem Krieg, 1959, erschien sein bekanntestes Werk, „The Protracted Conflict“. Kennan und Lippman traten nach dem Krieg hervor, sie gehören zu den namhaftesten Vertretern der Zeit bis in die siebziger Jahre.

**Anm. 32:** „Wolfowitz Concedes Iraq Errors“, in: Washington Post, 24.7.03; Verfasser dieses analytischen Beitrags (ca. 2500 Worte) sind die Redakteure Peter Slevin und Dana Priest, beigetragen haben die Redakteure Glenn Kessler, Vernon Loeb und Thomas E. Ricks

**Anm. 33:** ebenda

**Anm. 34:** Einen bissigen Kommentar zur spezifischen Konstellation zwischen Defense und State Department liefert Anthony Cordesman, Professor am Washingtoner Zentrum für Strategische und Internationale Studien, in einem SPIEGEL-Interview (18.8.03). Befragt zur Qualität der Planung für den Nachkriegs-Irak äußert er – und macht dabei kein Hehl aus seiner poli-

tischen Zugehörigkeit: „Nachdem die Planung aus den Händen des Außenministeriums in die der wahren Gläubigen – ‚Neokonservativen‘ – in den Büros des Verteidigungsministers, des Vizepräsidenten und im Nationalen Sicherheitsrat überging, wurden alle Warnungen in den Wind geschlagen. Die folgten nur noch ihrer Ideologie, und das ist fast immer das beste Rezept für ein Desaster.“ Der Spiegel, Nr. 34, S. 113. Wenn das Bild auch zu einfach und einseitig gezeichnet ist, markiert es doch die Auswirkung der wenig sachdienlichen Abgrenzung innerhalb der Administration.

**Anm. 35:** ebenda, S. A01 (die äußeren Zitatezeichen werden hier aus Gründen der Übersichtlichkeit weggelassen): Officials critical of the occupation planning said some problems could have been predicted (...). Before the invasion, for example, U.S. intelligence agencies were persistent and unified in warning the Defense Department that Iraqis would resort to “armed opposition” after the war was over. The Army’s chief of staff warned that a larger stability force would be needed. (...) the intelligence agencies, especially the CIA, were “utterly consistent in arguing that reconstruction rather than war would be the most problematic segment of overthrowing Saddam”, a senior administration official said. In classified written and oral reports, the official continued, the intelligence community warned the administration “early and often” about obstacles U.S. authorities were likely to face. In particular, the agencies repeatedly predicted that Hussein loyalists might try to sabotage U.S. postwar efforts by destroying critical economic targets, the official said. One analysis warned that Iraqis “would probably resort to obstruction, resistance and armed opposition if they perceived attempts to keep them dependent on the United States and the West.” – Those concerns, however, were secondary among the principal architects of the Iraq policy, who were concentrated in the Defense Department, the White House and Vice President Cheney’s office.

**Anm. 36:** Wurde Hans Ulrich Klose als Kritiker der Schröder-Linie innerhalb seiner Fraktion problemlos isoliert (Er hatte dargelegt, es sei „diese Rhetorik, die Verantwortung für den Frieden beansprucht, aber nicht wirklich übernimmt, die uns ins Abseits manövriert hat.“, hier zit. n. S. Schelling, Welt am Sonntag, 16.2.03, Meinung, S. 9), konnte Hans Apel – um nur ein Beispiel geben – im TV-Gespräch mit Rupert Scholz (Gespräche auf dem Petersberg, Leitung Bodo Hauser, Sender Phoenix) seine unüberbrückbare Differenz zur Schröderschen Position „ungeschnitten“ vortragen.

**Anm. 37:** vgl. Abschnitt 1, einschl. Anmerkungen 14 bis 16

**Anm. 38:** Der genannte Denkansatz wurde von den Beteiligten nicht offen formuliert, war aber handlungsleitend. Nicht ohne eine gewisse Öffentlichkeitswirkung wurde der Begriff von Habermas verwendet in: „Aufruf“ v. 31.5.03, hier kritisch kommentiert in Teil 2, vgl. Anm. 51

**Anm. 39:** Aus einer seit Jahren und Jahrzehnten nicht abreienden Flut berechtigter „Erinnerungen an die Zukunft“ (s. die für Abschn. 5 gewählte Überschrift) werden nachfolgend einige Zeilen aus einer Kolonne des Siemens-Vorstandsvorsitzenden Heinr. von Pierer wiedergegeben: „... das technologische Fundament Deutschlands hat unübersehbare Risse. So bleibt der Anteil von Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bei uns seit Jahren hinter den Vergleichswerten in den USA, Japan und den skandinavischen Ländern zurück. Allein im US-Verteidigungsbudget für 2004 sind über 60 Milliarden US-Dollar für Forschung und Entwicklung vorgesehen. Das entspricht ungefähr der Summe aller öffentlichen und privaten Forschung in Deutschland im kommenden Jahr. Ein zweites Warnzeichen ist die Zahl der Absolventen ingenieur- und naturwissenschaftlicher Studiengänge. Auch hier liegt Deutschland hinter den USA, Japan, Kanada, Australien und einigen europäischen Ländern erst im Mittelfeld der Industrieländer. Und ein drittes Signal ist das immer noch vergleichsweise geringe Interesse von hoch begabten Studenten und Forschern aus dem Ausland, an deutsche Universitäten und Forschungseinrichtungen zu kommen. (...) Unternehmen, die Investitionen in ihre Zukunft versäumen, verschwinden vom Markt, Länder verlieren an Bedeutung. Eine solche Entwicklung umzukehren erfordert Jahre und Jahrzehnte. Und das bedeutet verpasste Lebenschancen für die betroffenen Generationen. (...)“ H. v. Pierer, „berflliger Kraftakt. Die Agenda 2010 müsste eigentlich Agenda 2003 heißen“, in: Welt am Sonntag v. 10.8.03, S. 26. Einen besonders eindringlichen Beitrag zum Thema Forschungs- und Nachwuchssituation aus der Feder des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl, enthält auch die schon angesprochene Serie „Agenda Deutschland“ (vgl. Anmerkung 25) in: Die Zeit 23/2002, Beitrag Nr. 13 dieser Artikel-Reihe.

**Anm. 40:** Der Entwurf wurde dem Europäischen Rat am 20.6.03 vorgelegt

**Anm. 41:** private Korrespondenz

**Anm. 42:** Manuskripte der Sendungen abrufbar unter [www.ndrinfo.de](http://www.ndrinfo.de)

**Anm. 43:** Immanuel Kant, „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“, erschienen in unterschiedlichen Verlagsausgaben, erstmals 1795 in Königsberg, erweitert 1796. Kant analysiert scharfsinnig und mit nüchternem Blick für die vielfältig möglichen Verletzungen eines tragfähigen Friedenszustands diesen seinen Themengegenstand. Die politische „Friedensbewegung“ kann sich mit ihrer Argumentation auf die von Kant geleistete Denkarbeit keineswegs berufen, was sie jedoch leider missbräuchlich tut.

**Anm. 44:** Immanuel Kant, a.a.O., „Zweiter Abschnitt, welcher die Definitivartikel zum ewigen Frieden unter Staaten enthält“, erster Satz.

**Anm. 45:** Immanuel Kant, a.a.O., „Erster Definitivartikel zum ewigen Frieden. Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“ Kant führt dort u.a. aus: „Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, ‚ob Krieg sein solle, oder nicht‘, so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten [als da sind: selbst zu fechten; die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstung, die er hinter sich läßt, kümmerlich zu verbessern; zum Übermaße des Übels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen], sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen: Da hingegen in einer Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger, die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Luftschlössern, Hoffesten u. d. gl. durch den Krieg nicht das mindeste einbüßt, diesen also wie eine Art von Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen, und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann.“

**Anm. 46:** Thomas Schmid hat hierzu einen eindringlichen Kommentar verfasst, „Ami go home. Viele wünschen Amerika Misserfolg im Irak. Rechts wie links haben sie nicht verkräftet, daß unsere Demokratie ein imperialer Import ist“, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4.5.03, Ansichten, S. 11

**Anm. 47:** Die UN-Friedenseinsätze, an denen deutsche Soldaten bisher beteiligt waren, stellen keinen Testfall für die Einsatzfähigkeit der

Bundeswehreinheiten im militärischen Ernstfall – oder bei drohenden derartigen Fällen – dar. Die Hilflosigkeit von Blauhelm-Verbänden bei wirklichen Ernstfällen wurde der Welt in den zurück liegenden Jahren auf tragische Weise z.B. in den Konflikten der Hutu und Tutsi, dann in Somalia und – auf europäischem Boden – bei den kühl kalkulierten serbischen Übergriffen gegen nicht-serbische Bevölkerungsteile des früheren Jugoslawien vor Augen geführt. Vgl. hierzu u.a. Lothar Rühl, „Die Lehren des Scheiterns“, F.A.Z. v. 6.11.00, Zeitgeschehen, S. 16: „Die Unfähigkeit der UN-Schutztruppe, die Zufluchtszone für die gefährdete bosnische Bevölkerung unter Nato-Schutz gegen serbische Angriffe zu sichern und zu verteidigen, wurde von der Hilflosigkeit eines niederländischen Bataillons in Ostbosnien bei Srbrenica und Tuslar dokumentiert. Die Videoaufnahmen von kanadischen (Blauhelm-)Soldaten, die als Geiseln an Brücken in serbischer Hand gekettet worden waren, um Nato-Angriffe abzuschrecken (...). Am Ende musste die bloßgestellte ... UN-Truppe die Verantwortung an die Nato abgeben.“

**Anm. 48:** Die Herausforderung zu vermehrter Verantwortungsübernahme wird derzeit von Polen im Rahmen der Sicherheitsaufgaben im Irak angenommen. An der Seite polnischer Truppen und unter Führung der Polen stehen dabei auch Truppen westeuropäischer Länder. Der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski erklärte im Vorfeld der zur Vorbereitung des Irak-Einsatzes anberaumten Warschauer Konferenz im Mai, das „Funktionieren der transatlantischen Beziehungen“ habe für Polen allerhöchste Priorität. Vgl. auch Thomas Urban in: „Viele Staaten an Polens Seite“, Süddeutsche Zeitung, 23.5.03.

**Anm. 49:** In einem Diskussionspapier und Vortragsskript vom 9.3.03 habe ich am Beispiel der Situation bei den AWACS-Maschinen folgende Frage(n) gestellt: „Warum sollte Amerika ein teures Aufklärungs- und Leitsystem dieser Art unterhalten (gemeint: im Rahmen der Nato), wenn sein Einsatz immer dann, wenn es gebraucht wird, durch einzelne mitwirkende Partner z.T. infrage gestellt ist? Wozu ein solcher Aufwand, wenn ein Teil der eingespielten Crew auf Beschluss der eigenen Regierung nur unter restriktiven Auflagen mitarbeiten kann? Die deutsche Mitwirkung an den komplizierten Aufgaben der Aufklärung und Koordination wird von der rotgrünen Regierung mit dem Gestus des „Entgegenkommens“ gegenüber dem Bündnis (und dem großen Bündnispartner) nur jeweils „zugestanden“. In dieser Haltung wird gewiss keine amerikanische Regierung, sei sie republikanisch oder demokratisch geführt, eine

arbeitsfähige Basis für das Bündnis bei internationalen Konflikten sehen können.“ Die Wirkung des Nato-internen Streits um die Bereitstellung von Patriot-Systemen verdeutlichte u. a. Gen. a.D. Klaus Naumann in einem Beitrag in Welt am Sonntag, 16.2.03: „Die Nato – erstes Opfer Saddam Husseins“, Untertitel: „Mit dem Veto gegen Planungen für die Verteidigung der Türkei bei einem Irak-Krieg legen Deutschland, Frankreich und Belgien die Axt an die Wurzeln der Allianz.“

**Anm. 50:** Aufmacher der Titelseite der Financial Times vom 28.4.03: „Blair warns Chirac on vision for new Europe. Post-Iraq conflict relationship with US must be resolved without reviving cold war difficulties“

**Anm. 51:** „Unsere Erneuerung“, Untertitel: „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“, Jürgen Habermas, Jaques Derrida, Frankf. Allg. Ztg. v. 31.5.03, Feuilleton, S. 33

**Anm. 52:** Vgl. Abschnitt 2 (u. Anm. 19)

**Anm. 53:** Vgl. Angaben im Feuilleton der Frankf. Allg. Ztg. v. 2.6.03 in: „Aus eigener Macht. Zur Europa-Initiative von Habermas“, S. 33

**Anm. 54:** Vgl. Anm. 30

**Anm. 55:** Die Vereinnahmung Kants im Traumbild von der Weltinnenpolitik kommt allerdings einem handwerklichen Fehler doch sehr nahe, z.B. in Anbetracht der Ausführungen Kants zur republikanischen sowie zur demokratischen Verfassung. Die Vereinnahmung Kants erscheint auch deswegen verfehlt, weil die von Habermas gewählte Ebene die der politischen Rhetorik, die Kants aber die der Logik und Systematik ist. Kant versucht, Kategorien zu definieren und abzuleiten, Habermas wendet Kategorien implizit an. Kants Ausführungen sind generalisierender Natur, von grundsätzlicher Bedeutung, Habermas' Einlassungen dagegen von situativer – und wohl auch eingeschränkter – Bedeutung.

**Anm. 56:** Der Verweis auf eigene historische Erfahrung ist oft nur eine Phrase. Zum einen ist die europäische Erfahrung nicht auf eine einzige Formel zu bringen. Ist es mehr die Erfahrung der Erduldung – Objekt einer Entwicklung (gewesen) zu sein – oder eher die der teilhabenden Gestaltung der Welt, in der man lebt. In den Menschen, den Regionen, den verschiedenen Gruppen und sozialen Klassen, werden sich „objekt-hafte“ und „partizipative“ Erfahrung in je eigener, oft sehr differenter,

manchmal charakteristischer Weise gemischt haben. Welche dieser Erfahrungstypen ist nun die „europäische“? Keine, vielmehr gibt es konkurrierende Erfahrungs- bzw. Deutungsmuster. Zur historischen Erfahrung Amerikas mag ein Unterschied dahin gehend bestehen, dass sich (innerhalb der – differenten – kollektiven Bewusstseinslagen) auf europäischer Seite „objekthafte“ Erfahrungsgehalte insgesamt mehr sedimentiert haben als in der „Seele“ Amerikas. Damit ist aber kein Nachweis der größeren „Stichhaltigkeit“ der einen oder der anderen Erfahrung erbracht. – Zum anderen zeugte im Irak-Streit die Politik Berlins eher von historischer Amnesie denn historischer Erinnerungsfähigkeit: **(a)** Angelo Bolaffi: „Nur dank des amerikanischen Freundes konnte Westeuropa den Totalitarismus überleben und so den Grundstein für die künftige einheitliche Entwicklung legen, und ebenso hatte die Westbindung die Bundesrepublik von ihrer Vergangenheit entfernt und den Weg zur Wiedervereinigung geebnet, die die Voraussetzung für die Idee eines geeinten Europas war. Der Irak-Krieg hat diesen historischen Konsens zerstört. Europa sah sich plötzlich in Freunde und Feinde der Vereinigten Staaten gespalten ...“. In: „Politik ohne Macht“, Untertitel: „Europa hat eine Niederlage erlitten“, aus dem Italienischen v. Olaf Roth, F.A.Z., 19.5.03, Feuilleton S. 39. **(b)** Robert Kagan: „Sogar heute ist Europa in der Lage, diesen Kantschen Weg Richtung internationalem Recht und permanentem Frieden zu gehen, nur weil die USA in einem allgemeinen Sinn für globale Sicherheit sorgten. Und ich bin manchmal überrascht, dass Europäer das nicht zugeben, oder zugeben wollen.“ Macht und Ohnmacht (vgl. Anm. 18). **(c)** Hans Magnus Enzensberger: „Eine der wenigen tiefen Freuden, welche die Geschichte bereithält, ist das Ende eines Gewaltherrschers (...) Hitler, Stalin, Franco, Pinochet, Ceausescu, Mobutu, Milosevic, Saddam – die Liste nimmt kein Ende.“ „... und wenn sich die Friedensbewegten ein Wort über den Sieg (über Saddam) abringen, so klingt es gepresst.“ „Besonders merkwürdig ist der Umstand, daß auch viele Deutsche der Rhetorik des Appeasement anhängen, ganz so, als hätten sie nie unter einem totalitären Regime gelebt ...“ „Dankbarkeit ist keine politische Kategorie. Die Tatsache, daß Deutschland von den Westalliierten gerettet worden ist und daß ohne sie die Mauer heute noch stünde, läßt in folgedessen keinerlei Dank erwarten. Allerdings überrascht der Gedächtnisverlust, der sich hier zeigt. (...)“ In: „Blinder Frieden. Eine Nachschrift zum Irak-Krieg“, F.A.Z. v. 15.4.03

**Anm. 57:** Vgl. Abschnitt 4

**Anm. 58:** Deutschland und Japan sind hervorstechende Beispiele. Inzwischen ist auch den Ländern Osteuropas als Resultat des Ausgangs des Kalten Kriegs die Freiheit wiedergegeben worden. Durch den Anschluss an die westeuropäische Entwicklung eröffnet sich die Chance einer wirtschaftlichen Zukunft. Dieser Weg wird sowohl lang als auch schwierig sein, da die globale wirtschaftliche Konkurrenz zu äußerster Kraftanstrengung zwingt, aber es entsteht doch für die Osteuropäer die Chance zum Wettbewerb um einen Anteil an der wirtschaftlichen bzw. sozialen Entwicklung auf dem Kontinent. – Weniger beeindruckend sind die Resultate amerikanischer Politik südlich der eigenen Landesgrenzen.

**Anm. 59:** dpa v.1.6.03. Die verwendete „manichäische“ Begrifflichkeit (s. H. M. Enzensberger, a.a.O., Anm. 56) erfasst nicht weniger als viele elaborierte Darstellungen den Kern des hier bezeichneten Geschehens, nämlich das Abhanden-gekommen-sein jeder Sittlichkeit und menschlichen Grundqualifikation aufseiten der hierbei beteiligten Nazi-Verantwortlichen und ihrer Schergen. – Auf Bewertungen am Maßstab „Gut und Böse“ kann letztlich nicht leicht verzichtet werden; z. B. mündet der von Solana vorgelegte Entwurf einer EU-Sicherheitsdoktrin in die Empfehlung, gemeinsam mit Amerika könne und solle die EU „eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute (!!!) in der Welt einsetzt“. Der EUSS-Entwurf trägt den Titel „Ein sicheres Europa in einer besseren (!!!) Welt“.

**Anm. 60:** Michael Novak, kath. Theologe und Sozialwissenschaftler, Prof. am American Enterprise Institute, einem der wichtigsten Washingtoner Think Tanks, weist auf den stärkeren religiösen Bezug im öffentlichen Leben Amerikas hin. Der Bezug kommt auch in der Sprache zum Ausdruck. In einer sehr beachteten Vorlesung in Bratislava (am 3.7.03) „North Atlantic Community, European Community – Divergent Path and Common Values in Old Europe and the United States“ führte er u.a. aus: „... America is far more religious than Europe, both more Christian and more Jewish. In America, a great number of political and intellectual leaders – yes, and journalists – are serious about their Judaism or their Christianity. As Americans, they feel quite comfortable in expressing that seriousness. In America, from the beginning religion has normally been on the side of liberty, and liberty on the side of religion. We never faced the ancien regime (Hervorhebung durch M. Novak) that led so many European lovers of liberty to reject religion outright. We did not experience on our own soil the rise of aggressive atheism under Nazis and Communists.“ Einem weiteren Zitat aus der Vorlesung soll der Hin-

weis, den Novak an anderer Stelle seiner Vorlesung selbst gibt, nämlich dass er „a lifelong registered Democrat“ sei, vorangestellt werden. „... George Bush after September 11 has been an exemplary American, not at all afraid to trust in liberty and to roll the dice of history for very high stakes. There were a huge number of ways in which the war in Iraq might have gone wrong. A sudden, swift victory was by no means assured. Oil wells might have been sabotaged, pipelines emptying unchecked into the Persian Gulf. Israel and Kuwait might have been bombed. Resistance might have been universal and fierce beyond all previous experience. (...) Bush risked not only his Presidency but the credit of the United States military forces for many decades to come. (...) I hasten to point out that Bush is by choice a man of the American West, and that nearly all American Presidents of the last fifty years have been from that part of America, the most religious, biblical part, the Bible Belt of the South and the West. Let me count them off: Lyndon Johnson from Texas; Richard Nixon from California; Gerald Ford – the exception – from Michigan, in the oval office not by being elected but by succession as Vice-President; Jimmy Carter from Georgia; Ronald Reagan from California; George Bush the First from Texas; Bill Clinton from Arkansas; and George Bush the Second from Texas. The center of gravity in American politics has moved to the part of America that is least like Europe, the vigorous American West, and wise Europeans will want to take that into account.”

**Anm. 61:** Nach erneutem Lesen des Diskurses von Theodor W. Adorno „Erziehung nach Auschwitz“ – nach ca. drei Jahrzehnten – stimme ich seiner Gedankenführung um nichts weniger zu als damals. Das nochmalige Lesen war zugleich auch ein Test auf die Konstanten (oder Nicht-Konstanten) im eigenen Empfinden, Wertgefüge und Kategoriengerüst. „Erziehung nach Auschwitz“, Ffm 1969

**Anm. 62:** Vgl. **Anhang 3i)**

**Anm. 63:** J. Habermas ist eine respektierte geistige Autorität. Meines Erachtens hat er insbes. mit seinen Ausführungen zum Verhältnis von Arbeit, Sprache und Interaktion einen „öffnenden Pass“ für das begriffliche Denken in den Gesellschaftswissenschaften geschlagen. In praktischer Hinsicht tritt ein anderer Aspekt hervor. So sind die Starnberger Forschungsarbeiten zur Technikfolgenabschätzung eher der Versuch einer „Stärkung der (gesellschaftlichen) Defensive“. Auch die hier diskutierten Beiträge von J. Habermas erwecken eher den Eindruck, dass er als „Warner und Mahner“ (vgl. Hans Magnus Enzensberger, a.a.O.,

Anm. 56) auftritt. Der Impuls seiner Stellungnahmen ist nicht die Bejahung des Saddam-Sturzes, sondern die Verurteilung des alliierten Irak-Einmarsches (es vermittelt sich eher der Eindruck, als sei es ein rein amerikanischer gewesen, vgl. „Was bedeutet der Denkmalsturz“, a.a.O., Anm. 3) als „illegal“ und „völkerrechtswidrig“. Die Chancen im Irak, in der Region und für die internationale Politik, wie sie aus dem alliierten Vorgehen entstanden, werden nicht zum Gegenstand der Erörterung. Ein Denken unter juristischen (völkerrechtlichen) Vorzeichen führt die Feder. Völkerrecht einerseits und die Anliegen des irakischen Volkes (der irakischen Völker – Kurden, Schiiten, Sunniten, Assyrer u. a.) sind aber zweierlei. Den Bestand eines Rechtskorpus mag man sichern wollen, die eigentliche Zweckbestimmung des Rechts, Unrecht zu überwinden, wird man jedoch vor allem in den Blick nehmen müssen – um des Rechts und besonders um der direkt betroffenen Menschen willen!

**Anm. 64:** Beim Besuch der 300-Jahr-Feier in St. Petersburg äußerte Bundeskanzler Gerhard Schröder gemäß einer dpa-Meldung v. 1.6.03, angesprochen auf das Irak-Thema und das getrübt transatlantische Verhältnis, jetzt gehe es nicht darum, ein „Stück Zeitgeschichte aufzuarbeiten, sondern nach vorn zu blicken“. Entgegen dieser Auffassung wird es jedoch unvermeidlich sein, dieses Stück Zeitgeschichte, dessen kontroversen Verlauf und den dabei eingeschlagenen Weg der rotgrünen Regierung, gründlich aufzuarbeiten. Diese Aufarbeitung und der Blick nach vorn schließen sich auch keineswegs aus, im Gegenteil, erst durch eine Klärung und Wertung der Vorgänge und Motive der Entscheidungsträger wird ein Punkt erreicht werden können, von dem ausgehend deutsche Außen- u. Sicherheitspolitik wieder berechenbar wird. Geschichte selbst ist noch kein Ratgeber, erst verarbeitete Erfahrungen taugen als solcher. Solange deutsche Außen- und Sicherheitspolitik an der Dichtigkeit und Heftigkeit von Handschlägen gemessen wird, steht zu vermuten, dass es ihr an Substanz fehlt. Wer dagegen europäische Positionen zusammen zu bringen vermag statt Gegensätze zu schüren, wird in der zeitgeschichtlichen Beurteilung jederzeit bestehen können. Das Zusammenführen der stark differierenden Standpunkte setzt eine realistische Einschätzung des begrenzten Handlungsspielraums voraus. Diesen gilt es dann gezielt, d.h. konzeptionell angeleitet, zu nutzen.

**Anm. 65:** Vgl. EUSS-Entwurfstext, **Anhang 3g)** und **3j)**

**Anm. 66:** Vgl. EUSS, Unterabschnitt „Ausdehnung des Sicherheitsgürtels um Europa“, Auszüge in **Anhang 3e)**

## Anhang 1

Auszug aus: „Written Statement From CIA Director Tenet“, wiedergegeben in: Washington Post. Einführender Hinweis der Zeitung: „(...) a four page written statement by CIA Director George J. Tenet, as submitted to The Washington Post, in which he defends the National Intelligence Estimate prepared in October under his supervision“. Die Stellungnahme erfolgte in Reaktion auf die heftigen Vorwürfe gegenüber der Regierung, unwahre und übertriebene Angaben hinsichtlich der von Saddam ausgehenden Gefahr gemacht zu haben. Insbes. die Behauptung eines angeblichen irakischen Uran-Geschäfts, die später zurückgenommen werden musste, gab Anlass zu massiver öffentlicher Kritik. Nachfolgend Auszüge aus dem Tenet-Statement (wörtliche Wiedergabe ohne Zitatezeichen):

(...) We stand behind the judgments of the NIE (= National Intelligence Estimate, d. Verf.) ... We have a solid, well-analyzed and carefully written account in the NIE ..., (...) we had numerous credible sources, including many who provided information after 1998. When inspectors were pushed out in 1998, we did not sit back. Rather, we significantly increased our collection effort throughout the Intelligence Community. (...) The process by which we produce NIEs (...) is an open and vigorous process that allows for dissent to be registered by individual agencies in the final product. Indeed, alternative views are encouraged. Finally, the NIE is reviewed by the directors of US intelligence agencies composing the DCI-chaired National Foreign Intelligence Board, including in this case, CIA, DIA, INR, NSA, DoE, and NIMA. (...) Building upon ten years of analysis, intelligence reporting, and inspections that had to fight through Iraq's aggressive denial and deception efforts (...), the Intelligence Community prepared the NIE on Iraq's weapons of mass destruction. In it we judged that the entire body of information (...) made clear that Saddam had never abandoned his pursuit of weapons of mass destruction. (...)

Nuklear-Programme: Tenet erwähnt einige der Indikatoren und stellt dann klar, dass Uran-Beschaffung nicht Teil der Beurteilungsbasis der im NIE-Prozess beteiligten „agencies“ war (dies nimmt Bezug auf den behaupteten irakischen Versuch, Uran in Afrika zu beschaffen):

(...) most agencies believed that Iraq's attempts to obtain high-strength aluminum tubes for centrifuge rotors , magnets, high-speed balancing machines, and machine tools, as well as Iraq's efforts to enhance it's

cadre of weapons personnel and activities at several suspect nuclear sites indicated that Iraq was reconstituting its nuclear weapons program. (...) We note yet again that uranium acquisition was not part of this judgment. Despite all the focus in the media, it was not (Hervorhebung durch Tenet) one of the six elements upon which the judgment was based. Why not? Because Iraq already had significant quantities of uranium.

Zu den B-Waffen wird im Bericht wie folgt Stellung genommen:

Biological Weapons. All agencies of the Intelligence Community since 1995 have judged that Iraq retained biological weapons and that the BW program continued. In 1999 we assessed Iraq had revitalized its program. New intelligence acquired in 2000 provided compelling information about Iraq's ongoing offensive BW activities, describing construction of mobile BW agent production plants – reportedly designed to evade detection – with the potential to turn out several hundred tons of unconcentrated BW agent per year. Thus, it was not a new story in 2002 when all agencies judged in the NIE that Iraq had biological weapons (...) and was capable of quickly producing and weaponizing a variety of such agents, including anthrax. We judged that most of the key aspects of Iraq's offensive BW program were more advanced than before the (1991) Gulf war.

Zum Vergleich: In den „Key Judgments“ des im Oktober 2002 vorgelegten NIE (der für die Öffentlichkeit aufgrund der angesprochenen heftigen Kritik entgegen sonstigen Gepflogenheiten freigegeben worden war – Juni 2003) war gleichlautend zum zuletzt zitierten Satz formuliert worden:

We judge that all key aspects – R&D, production, and weaponization – of Iraq's offensive BW program are active and that most elements are larger and more advanced than they were before the Gulf war.

Tenet beschließt seinen Bericht mit den Worten:

As with any other topic addressed in the NIE, the acquisition of further evidence may confirm some of our judgments while calling others into question. Operation Iraqi Freedom obviously has opened a major new opportunity for learning about the WMD (= weapons of mass destruction) activities of Saddam Hussayn's regime. We have no doubt, however, that the NIE was the most reasonable, well-grounded, and objective assessment of Iraq's WMD program that was possible at the time it was produced.

## Anhang 2

Auszug aus: The National Security Strategy of the United States of America (NSS), Sept. 2002

a) Das Dokument ist in neun Abschnitte gegliedert. Der zweite Abschnitt z.B. erläutert grundsätzliche Wertorientierungen der amerikanischen Sicherheitsstrategie: „Champion Aspirations for Human Dignity“. Der sechste Abschnitt thematisiert ökonomische Bezüge und Zielsetzungen: „Ignite a New Era of Global Economic Growth through Free Markets and Free Trade“. Der siebte Abschnitt wendet sich Entwicklungsfragen zu: „Expand the Circle of Development by Opening Societies and Building the Infrastructure of Democracy“. In Abschn. 8 werden die Erfordernisse der Diplomatie verdeutlicht: „Develop Agendas for Cooperative Action with the Other Main Centers of Global Power“. In einem vom Präsidenten gezeichneten Vorwort mit Datum v. 17.9.02 werden Aussagen und Begründungen aus den Einzelabschnitten gesamt-perspektivisch zusammengeführt. So heißt es dort bspw. (wörtliche Wiedergabe ohne Zitatzeichen):

In the twenty-first century, only nations that share a commitment to protecting basic human rights and guaranteeing political and economic freedom will be able to unleash the potential of their people and assure their future prosperity. (...) In a world that is safe, people will be able to make their own lives better. We will defend the peace by fighting terrorists and tyrants. We will preserve the peace by building good relations among the great powers. We will extend the peace by encouraging free and open societies on every continent. (...) Enemies in the past needed great armies and great industrial capabilities to endanger America. Now, shadowy networks of individuals can bring great chaos and suffering to our shores for less than it costs to purchase a single tank. (...) The gravest danger our Nation faces lies at the crossroads of radicalism and technology. (...) We cannot defend America and our friends by hoping for the best. (...) History will judge harshly those who saw this coming danger but failed to act. (...) Nations that enjoy freedom must actively fight terror. Nations that depend on international stability must help prevent the spread of weapons of mass destruction. Nations that seek international aid must govern themselves wisely, so that aid is well spent. For freedom to thrive, accountability must be expected and required. (...) Alliances and multilateral institutions can multiply the strength of freedom-loving nations. The United States is committed to lasting institutions like the United Nations, the World Trade Organization, The Organization of Ameri-

can States, and Nato as well as other long-standing alliances. Coalitions of the willing can augment these permanent institutions. In all cases, international obligations are to be taken seriously. They are not to be undertaken symbolically to rally support for an ideal without furthering its attainment.

**b)** Die oben verwendete Formel – “Coalitions of the willing” findet innerhalb des Dokuments an verschiedenen Stellen Verwendung. Um dafür ein Beispiel zu geben (aus Abschn. 4, S. 11):

Africa’s great size and diversity requires a security strategy that focuses on bilateral engagement and builds coalitions of the willing.

Der Gedanke, der dieser Formel zugrunde liegt, ist weniger der des Zwangs, als der des Angebots, dem Nachdruck verliehen wird, indem aussichtsreiche Zusammenarbeit als Problemlösung gesehen und deshalb auch nahe gelegt wird. Weite Teile der europäischen Öffentlichkeit unterstellen eher ersteren Bedeutungsgehalt. Unvoreingenommene Lektüre vermittelt ein anderes Bild. Die Deutung, dass es nur darum gehe, Zwang auszuüben (statt der Deutung, dass hier ebenso auch das ureigene, wohlverstandene Eigeninteresse aller Adressaten angesprochen ist) erscheint einseitig – und eher gehässig (!).

**c)** Abschnitt 1 des Dokuments – „Overview of America’s International Strategy“ – beginnt mit einem Zitat aus einer Rede George W. Bushs vor den Kadetten in West Point. „Our Nation’s cause has always been larger than our Nation’s defense.“ Der Text des Abschnitts beginnt mit den Worten:

The United States possesses unprecedented – and unequalled – strength and influence in the world. (...) We will work to translate this moment of influence into decades of peace, prosperity, and liberty. (...) The aim of (our national security) strategy is to help make the world not just safer but better.

Zum Vergleich: Der – nach der Irak-Erfahrung – vorgelegte Entwurf einer europäischen Sicherheitsstrategie trägt die Überschrift: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ (vgl. **Anhang 3**).

**d)** Abschnitt 3 des Dokuments – „Strengthen Alliances to Defeat Global Terrorism and Work to Prevent Attacks Against Us and Our Friends“ – sind einige Sätze aus einer Ansprache des Präsidenten drei Tage nach dem Angriff auf die Twin Towers des World Trade Center, gehalten in The National Cathedral in Washington, voran gestellt: “(...) The nation is peaceful, but fierce when stirred to anger. (...)” Der folgende Text

des Abschnitts enthält u.a. folgende klare, von den Ereignissen ebenso wie von Entschiedenheit geprägte Aussage:

While the United States will constantly strive to enlist the support of the international community, we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of self-defense by acting preemptively against such terrorists, to prevent them from doing harm against our people and our country (...)

**e)** Erwähnenswert erscheint, dass Abschnitt 4 – „Work with others to Defuse Regional Conflicts“ – ein Wort aus der Rede Bushs in Berlin am 23. Mai 2002 vorangestellt wurde: „(...) The magnitude of our shared responsibilities makes our disagreements look so small.“

**f)** Besonders zentral für den vorliegenden Themenzusammenhang sind Aussagen aus Abschnitt 5 – „Prevent Our Enemies from Threatening Us, Our Allies, and Our Friends with Weapons of Mass Destruction“:

(...) new deadly challenges have emerged from rogue states and terrorists. (...) We must be prepared to stop rogue states and their terrorists clients before they are able to (...) use weapons of mass destruction (...). It has taken almost a decade for us to comprehend the true nature of this new threat. Given the goals of rogue states and terrorists, the United States can no longer solely rely on a reactive posture as we have in the past. The inability to deter a potential attacker, the immediacy of today's threats, and the magnitude of potential harm that could be caused by our adversaries' choice of weapons, do not permit that option. We cannot let our enemies strike first. (...) In the Cold War, weapons of mass destruction were considered weapons of last resort whose use risked the destruction of those who used them. Today, our enemies see weapons of mass destruction as weapons of choice. For rogue states these weapons are tools of intimidation and military aggression against their neighbors.

**g)** Im Weiteren wird in Abschn. 5 die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des Völkerrechts angesprochen. Von europäischer Seite unterblieb jeder Versuch einer Antwort – bis nach Eintreten des Ernstfalls öffentliches Nachdenken nicht mehr zu umgehen war. NSS, Abschn. 5, S. 15:

(...) For centuries, international law recognized that nations need not suffer an attack before they can lawfully take action to defend themselves against forces that present an imminent danger of attack. Legal scholars and inter-

national jurists often conditioned the legitimacy of preemption on the existence of an imminent threat – most often a visible mobilization of armies, navies, and air forces preparing to attack.

We must adapt the concept of imminent threat to the capabilities and objectives of today's adversaries. Rogue states and terrorists do not seek to attack us using conventional means. They know such attacks would fail. Instead, they rely on acts of terror and, potentially, the use of weapons of mass destruction – weapons that can be easily concealed, delivered covertly, and used without warning.

The targets of these attacks are our military forces and our civilian population, in direct violation of one of the principal norms of the law of warfare. As was demonstrated by the losses on September 11, 2001, mass civilian casualties is the specific objective of terrorists and these losses would be exponentially more severe if terrorists acquired and used weapons of mass destruction.

The United States has long maintained the option of preemptive actions to counter a sufficient threat to our national security. The greater the threat, the greater is the risk of inaction – and the more compelling the case for taking anticipatory action to defend ourselves, even if uncertainty remains as to the time and place of the enemy's attack. To forestall or prevent such hostile acts by our adversaries, the United States will, if necessary, act preemptively.

The United States will not use force in all cases to preempt emerging threats, nor should nations use preemption as a pretext for aggression. Yet in an age where the enemies of civilization openly and actively seek the world's most destructive technologies, the United States cannot remain idle while dangers gather. (...)

Die zuletzt in Folge zitierten Absätze aus Abschnitt 5 des Dokuments machen deutlich, dass nicht mutwillig das Völkerrecht missachtet wird, sondern Wege gesucht und vorgeschlagen werden, wie eine gerechte Antwort auf die entstandenen realen Bedrohungen gegeben werden kann. Der argumentative Aspekt des Dokuments ist in der europäischen Öffentlichkeit wenig gewürdigt worden. Oft wurden und werden nur verkürzt und losgelöst vom Kontext einzelne Formulierungen herausgegriffen und dann mit Verdacht belegt. Die tatsächliche Rezeption des Texts war dabei sicherlich häufig unterblieben.

[Hier als Auszug wiedergegeben sind etwa 5% des Dokument-Texts.]

## **Anhang 3**

Auszug aus: "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt", Entwurf einer EU-Sicherheitsstrategie (EUSS), Javier Solana, Vorlage zur Sitzung des Europäischen Rats in Thessaloniki am 20.6.03

**a)** Solana gliedert seinen Entwurf in drei Abschnitte: 1. „Neue Bedrohungen in einem neuen Sicherheitsumfeld, 2. „Strategische Ziele“, 3. „Auswirkungen auf die europäische Politik“. In seinen einleitenden Bemerkungen hebt er hervor (wörtliche Wiedergabe ohne Zitatezeichen):

Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen. (...) Die Vereinigten Staaten haben durch ihre Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses und ihr Engagement für die Sicherheit Europas im Rahmen der NATO einen entscheidenden Beitrag zu diesem Erfolg geleistet. (...) Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die Vereinigten Staaten der dominierende militärische Akteur, dessen Potenzial von keinem anderen Land und keiner anderen Ländergruppe auch nur annähernd erreicht wird. Gleichwohl ist kein Land in der Lage, die komplexen Probleme der heutigen Zeit im Alleingang zu lösen. (...)

**b)** In Abschnitt 1 hebt Solana zunächst u.a. hervor:

(...) Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung. Konflikte zerstören nicht nur Infrastrukturen (einschließl. der sozialen), sondern fördern auch Kriminalität, schrecken Investoren ab und verhindern ein normales Wirtschaftsleben. Eine Reihe von Ländern und Regionen laufen Gefahr, in einer Abwärtsspirale von Konflikten, Unsicherheit und Armut zu versinken. (...) Die Energieabhängigkeit ist ein weiterer Grund zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50% durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70% erreichen. Der größte Teil der Energieeinfuhren stammt aus der Golfregion sowie aus Russland und Nordafrika. (...)

**c):** Es folgen – in Abschnitt 1 – Ausführungen zur Charakterisierung der „neuen Bedrohungen“:

(...) Die neuen terroristischen Bewegungen scheinen gewillt zu sein, unbegrenzte Gewalt anzuwenden ... (...) Am erschreckendsten ist der Ge-

danke, dass terroristische Gruppierungen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen. Mit der fortgesetzten Verbreitung dieser Waffen wächst die Gefahr eines solchen Szenarios. (...) In vielen Teilen der Welt (ist es dazu gekommen, dass) die staatlichen Institutionen am Rande des Zusammenbruchs stehen. (...) Die Schwäche des Staates wird häufig von kriminellen Elementen ausgenutzt – und manchmal auch durch sie verursacht. In einigen drogenproduzierenden Ländern hat sich die Schwächung der staatlichen Strukturen unter dem Einfluss der Drogengelder beschleunigt ... (...) Bei der Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen und Scheitern staatlicher Systeme – ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte.

**d) Abschnitt 2: Solana nennt drei strategische Ziele:**

(...) Erstens können wir in besonderem Maße zu Stabilität und verantwortungsvoller Staatsführung in unserer unmittelbaren Nachbarschaft beitragen. Zweitens müssen wir ganz allgemein eine Weltordnung schaffen, die sich auf einen wirksamen Multilateralismus stützt. Drittens müssen wir uns den alten und den neuen Bedrohungen stellen.

**e) Abschn. 2: Gefordert sei ein Sicherheitsverständnis, das eine systematische, weitreichende Einwirkung auch jenseits der EU-Grenzen vorsieht:**

(...) Die Zusammenführung Europas und die Integration der beitretenden Staaten wird zwar unsere Sicherheit erhöhen, jedoch auch eine geografische Annäherung Europas an Krisengebiete bewirken. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass die europäische Union im Osten und in der Mittelmeerregion durch verantwortungsvoll geführte Staaten umschlossen wird ... (...) Wir müssen die Vorteile der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit auf unsere künftigen östlichen Nachbarn – die Ukraine, Moldau und Belarus – ausweiten und zugleich die politischen Probleme dieser Länder lösen. Wir sollten uns mehr für die Probleme im Südkaukasus interessieren, der zu gegebener Zeit ebenfalls eine Nachbarregion sein wird. (...)

**f) Abschn. 2: Gefordert sei ein handlungsbereites Sicherheitsverständnis und ein den Gegebenheiten angepasstes Völkerrecht:**

In einer Welt globaler Bedrohungen, globaler Märkte und globaler Medien hängt unsere Sicherheit und unser Wohlstand von einem funktionsfähigen multilateralen System ab. Daher sollten wir uns zum Ziel setzen, eine stärkere Weltgemeinschaft, gut funktionierende internationale Institutionen und eine normengestützte Weltordnung zu schaffen. (...) Für eine normengestützte Weltordnung gilt, dass die Gesetze mit Entwicklungen wie Proliferation, Terrorismus und globale Erwärmung (darauf war vorher im Entwurfstext eingegangen worden, d. Verf.) Schritt halten müssen. (...) Wenn wir von internationalen Organisationen, Vereinbarungen und Verträgen erwarten, dass sie Gefahren für den Frieden und die Sicherheit in der Welt wirksam abwenden, sollten wir bei Verstößen gegen ihre Regeln zum Handeln bereit sein.

**g)** Abschn. 2: Nochmals wird auf die Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses und des aktiven Einsatzes in der Weltgemeinschaft hingewiesen:

Die transatlantischen Beziehungen zählen zu den tragenden Elementen des internationalen Systems. (...) Die Charta der Vereinten Nationen bildet den grundlegenden Rahmen für die internationalen Beziehungen. Die Stärkung der Vereinten Nationen (...) muss ein vorrangiges Ziel für Europa sein.

**h)** Abschnitt 2, letzter Unterabschnitt – „Vorgehen gegen Bedrohungen“:

(...) Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. – Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. Wenn sie nicht beachtet werden, erhöht sich die Gefahr. (...) Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden. – In „gescheiterten“ Staaten (failed states) können militärische Mittel zur Bewältigung der unmittelbaren Krise erforderlich sein.

**i)** Abschn. 3 beginnt mit einer deutlichen Ermahnung an die Europäer:

Wenn wir einen Beitrag leisten sollen, der unserem Potenzial entspricht, dann müssen wir aktiver, kohärenter und handlungsfähiger sein. – **Aktiver** bei der Verfolgung all unserer strategischen Ziele. (...) Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt. (...) – **Kohärenter**. Sicherheit ist die wichtigste Voraussetzung für Entwicklung. Unser Ziel sollte es sein, mithilfe eines kohärenten und umfassenden Ansatzes Synergien zu

erzeugen. (...) – **Handlungsfähiger.** (u.a.) Wenn wir es ernst meinen mit den neuen Bedrohungen und dem Aufbau von flexibleren mobilen Einsatzkräften, müssen wir die Mittel für die Verteidigung aufstocken.

**j)** Abschn. 3: Schlussfolgernd heißt es:

(...) Internationale Zusammenarbeit ist eine Notwendigkeit. (... Zur Bewältigung der gestellten Aufgaben) sind die transatlantischen Beziehungen unersetzlich. Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt. Wenn wir Fähigkeiten aufbauen und die Kohärenz verstärken, werden wir als Akteur an Glaubwürdigkeit und als Partner an Einfluss gewinnen. (...) – **Fazit:** Wir leben in einer Welt mit neuen Gefahren, aber auch mit neuen Chancen. Wenn es der Europäischen Union gelingt, zu einem handlungsstarken Akteur zu werden, dann besitzt sie das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Bedrohungen wie auch zur Nutzung der Chancen zu leisten. Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer gerechteren und sicheren Welt führen würde.

**k)** Dass Einflussnahme im vorgenannten Sinne möglich ist, wird mit der Angabe von Beispielen in einer Begleitnotiz zum EUSS-Entwurfstext verdeutlicht. Auszug aus der Begleitnotiz:

(... Die Europäische Union) hat dazu beigetragen, die Lage in Südserbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu stabilisieren, und sie hat das Zustandekommen verfassungsmäßiger Vereinbarungen zwischen Serbien und Montenegro gefördert. Die Europäische Union hat die Mission der Vereinten Nationen mit ihrer Polizeimission in Bosnien und Herzegowina abgelöst und die Führung der Militäroperation in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien von der NATO übernommen. (...)

Kommentar hierzu: Es erscheint richtig und berechtigt, auf diese Erfolge hinzuweisen; sie wären jedoch nicht möglich gewesen ohne das energische – „robuste“, wie die Formel im Entwurfstext lautet – Vorgehen US-geführter NATO-Streitkräfte gegen Milosevic' serbische Armee und Soldateska. Vgl. Abschn. 8 der Denkschrift, insbes. Anmerk. 45.

[Hier als Auszug wiedergegeben sind ca. 15% des Dokument-Texts.]

## Anhang 4

Auszug eines Interviews des Leiters der heute-Redaktion, Claus Kleber, mit US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice:

Kleber: (...) Mittlerweile zweifelt die internationale Gemeinschaft doch sehr stark daran, ob es einen wirklich zwingenden Kriegsgrund im Fall Irak gegeben hat. (...)

Rice: Nun, das Interessante am Irak war, dass die Vereinten Nationen festgelegt haben, dass Saddam Hussein eine Bedrohung sei. Das ist ein Regime, das von der UNO 17 Mal durch Resolutionen mit Sanktionen bestraft worden ist(,) ... ein Regime, dem die UNO versucht hatte, Inspektoren zur Kontrolle zu schicken, nur um dann zusehen zu müssen, wie sie ... wieder abgezogen werden mussten, weil sie ihre Arbeit nicht tun konnten(,) ... ein Regime, das im Jahr 1991 einen Krieg verloren hatte, sich dann verpflichtete, eine Reihe von Auflagen gegenüber der UNO zu erfüllen, und diese dann systematisch wieder gebrochen hat. (...) Und zu der Idee, dass es eine amerikanische Entscheidung gewesen sei, sich das irakische Regime vorzuknöpfen, was die USA ja letztendlich auch getan haben, (...) dazu muss gesagt werden, dass, wenn UNO-Resolutionen wirklich Gewicht haben sollen, wenn die Länder sie nicht einfach straflos übertreten können sollen, wenn sie keine Verantwortung übernehmen müssen, wenn sie diese übertreten, dann wird die UNO nicht sehr viel Einfluss haben. (...)

Vgl. die im Entwurf einer europäischen Sicherheitsstrategie (v. 20.6.03) getroffenen Aussagen (**Anhang 3**):

Solana: Wenn wir von internationalen Organisationen, Vereinbarungen und Verträgen erwarten, dass sie Gefahren für den Frieden und die Sicherheit in der Welt wirksam abwenden, sollten wir bei Verstößen gegen ihre Regeln zum Handeln bereit sein. – Für eine normengestützte Weltordnung gilt, dass die Gesetze mit Entwicklungen wie Proliferation, Terrorismus (u.s.w.) Schritt halten müssen. – (... Bedingung sei,) wenn wir einen Beitrag leisten sollen, der unserem Potenzial entspricht, dann müssen wir aktiver, kohärenter und handlungsfähiger sein. (...) Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt.

Kommentar: Eine solche Kultur setzt realistische Orientierungen in Politik und Öffentlichkeit voraus.

---

Vor zwanzig Jahren war das Thema ein anderes (die Nachrüstungsdebatte), doch ging es auch um Grundorientierung: Fritz W. Peter, „Werden die Chancen für Abrüstung vertan?“ Zeitschrift für Politik, 3/1983

Die Arbeit setzt sich in grundsätzlicher Weise mit den Fragen des sowjetischen rüstungsindustriellen Komplexes auseinander, sowohl hinsichtlich der gesellschaftlichen und politisch-ideologischen Voraussetzungen wie der wirtschaftlichen und politisch-strategischen Konsequenzen.

Dieses Thema wurde in Deutschland von politikwissenschaftlicher Seite kaum behandelt, schon gar nicht von Vertretern kritischer Gesellschaftstheorie. Man schaute dort nicht „beidäugig“, sondern überscharf mit dem linken Auge, während das rechte fast blind war. Der amerikanische rüstungsindustrielle Komplex war ein beliebtes Thema, während das nach seinem relativen Gewicht innerhalb der Gesellschaft viel bedeutendere sowjetische Pendant keiner Kritik (von links orientierter politikwissenschaftlicher Seite) unterzogen wurde. Die Vertreter „bürgerlicher“ (wie sie von links bezeichnet wurden) wissenschaftlicher Ansätze unterließen es wiederum, gesellschafts- **strukturelle** Kritik zu formulieren.

Summary of: “Werden die Chancen für Abrüstung vertan?”, 3-1983:

Can the Soviet Union, whose influence in world affairs derives from military power rather than any other source of strength and whose internal (and bloc-) stability in no way less rests upon coercive instruments, afford to infringe on the role of the military? Can the Kremlin really be considered ready to take steps in disarmament? How can Western political incentive help to evoke or further Soviet acceptance of balanced arms control or reduction measures? To examine this an attempt is made at analyzing (and explaining) inherent „mechanisms“ of the Soviet system, that is, basic requirements of Kremlin rule are being scrutinized with regard to possible room for diplomatic action promoting arms control and disarmament policy. Attention is drawn to the Soviet side in view of its military effort far exceeding defensive needs, thereby focusing on military-industrial and bureaucratic impact as a limiting factor to progress in arms reduction.

Zahlreiche Folgetexte:

[www.wadinet.de/news/peter.php](http://www.wadinet.de/news/peter.php)

<http://adagio.blogg.de>

u.a.